

Stand: 08.04.2026 18:41:44

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15007

"Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen - Einführung des 9-jährigen Gymnasiums in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15007 vom 18.01.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 93 vom 24.01.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16852 des BI vom 11.05.2017
4. Beschluss des Plenums 17/17119 vom 30.05.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 105 vom 30.05.2017



Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Susann Biedefeld, Klaus Adelt** und **Fraktion (SPD)**

**zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen
Einführung des 9-jährigen Gymnasiums in Bayern**

A) Problem

Seit 2004 kommt das Gymnasium nicht zur Ruhe. Ursache war und ist die überstürzt umgesetzte Schulzeitverkürzung von neun auf acht Jahre. Diese Maßnahme erfolgte ohne erkennbares pädagogisches Konzept und gegen die gesamte Schulfamilie. Im laufenden Betrieb wurden Kürzungen am Lehrplan vorgenommen und schulrechtliche Maßnahmen ergriffen, überwiegend mit dem Ziel, die Noten vergleichbar zum langjährigen G9 zu halten (die Gewichtung der mündlichen und schriftlichen Noten in der Oberstufe wurde beispielsweise von 2:1 auf 1:1 geändert). Insgesamt dreimal wurden die Lehrpläne des G8 in Bayern mehr oder weniger gekürzt, doch die Belastung für die Schülerinnen und Schüler wurde nicht geringer. Die Zahl der Pflichtstunden in den Abiturfächern wurde gekürzt (statt 4 nur noch 3), in Deutsch (Klasse 10), in Englisch (durchgängig Klassen 7 bis 10) und in Mathematik (Klasse 8 und Klasse 10). Probeklausuren zum bundesweiten Abitur im Herbst 2013 fielen in Bayern so schlecht aus, dass die Schüler wählen konnten, ob sie die Note einbringen wollten oder nicht.

Schnell stellte sich heraus, dass die durch die Kultusministerkonferenz (KMK) vorgegebene Mindestpflichtstundenzahl von 265 bei einer Aufteilung auf acht Jahre zu einer erheblichen Steigerung des Nachmittagsunterrichts und einer deutlichen Verdichtung des Lernstoffs führt. Besonders problematisch ist die Verlagerung von für die Oberstufe relevanten Lehrstoffs in die Pubertätsphase, namentlich in die Klassen 8 bis 10. Viele Pädagogen klagen, dass eine optimale Vorbereitung auf das Abitur während der zweijährigen Qualifikationsphase oft nicht gegeben ist.

Erschwerend kommt hinzu, dass durch die Einführung des 5-Fächer-Abiturs mit einer verbindlichen schriftlichen Prüfung in Deutsch und Mathematik auf einem im Vergleich zu den früheren Grundkursen erhöhten Anforderungsniveau die Wiederholungen innerhalb der Qualifikationsphase zunehmen. So wiederholten nach Angaben aus dem Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst allein im Schuljahr 2015/2016 aus sonstigen Gründen, also nicht pflichtgemäß in der Q11 von 41.856 Schülern 1.549, also 3,7 Prozent, aus der Q12 von 40.069 Schülern 1.436, also 3,6 Prozent.

Viele Schülerinnen und Schüler müssen also ein zusätzliches Jahr in der Qualifikationsphase in Kauf nehmen, um überhaupt eine Chance auf das Abitur zu haben. Und selbst erfolgreiche G8-Abiturienten fühlen sich noch nicht bereit zu studieren und wählen vor Studien- oder

Ausbildungsbeginn ein Auslandsjahr oder machen ein Bundesfreiwilligenjahr. Das ursprüngliche Ziel, die Schulzeit zu verkürzen, um schneller in den Beruf zu gelangen, wird nicht erreicht.

Weitere Maßnahmen zur Entlastung der Schüler gingen ebenso ins Leere. Ein Flexibilisierungsjahr in der Mittelstufe wurde ab dem Schuljahr 2013/2014 eingeführt, wurde und wird aber kaum angenommen.

Ganz anders sind die Erfahrungen mit der Mittelstufe plus, also der Möglichkeit, die dreijährige Mittelstufe um ein Schuljahr zu dehnen. Dass die Menschen in Bayern kein Turbo-Gymnasium wollen, zeigen einerseits die Umfrage von Sat.1 Bayern, bei der sich 59 Prozent der Befragten für ein G9 in Bayern aussprachen, andererseits die Anmeldezahlen an den 47 Pilotschulen im letzten und im aktuellen Schuljahr. Die Erkenntnis: Dürfen Eltern wählen zwischen einem achtjährigen und einem neunjährigen Gymnasium, fällt das Ergebnis eindeutig aus: 2.813 Eltern der 7. Klassen an den 47 Pilotschulen entschieden sich im Schuljahr 2015/2016 für die längere Schulzeit, das entspricht 59,86 Prozent. Bei den aktuellen Anmeldezahlen zum Schuljahr 2016/2017 waren es sogar 3.209 Eltern, also 67,46 Prozent. Es wird also mehr und nicht weniger Bildungszeit von Eltern, Schülerinnen und Schülern und auch Lehrkräften gefordert.

Lehrer und Schüler beklagen im achtjährigen Gymnasium zunehmend, dass eine vertiefte Vorbereitung auf das Abitur nicht möglich ist. Insbesondere der Wegfall der Leistungskurse, die die Möglichkeit einer intensiven Durchdringung eines Fachgebiets ermöglichen wird allorts bedauert. Die Einführung der Seminare in der Qualifikationsphase wird nicht als adäquater Ersatz angesehen.

B) Lösung

1. Einführung des neunjährigen Gymnasiums

Die Schulzeit am Gymnasium wird wieder verlängert und beträgt grundsätzlich neun Jahre, wobei individuelle Verkürzungsmöglichkeiten durch Verwaltungsvorschriften geregelt werden können.

Die gymnasiale Bildung, die eine starke Persönlichkeitsbildung, Urteilskraft und die Balance zwischen kognitiven und ethisch-sozialen sowie ästhetischen Inhalten anstrebt, kommt wieder deutlich zum Tragen und ermöglicht eine adäquate Abiturvorbereitung. So wird das Abitur wieder zur Reifeprüfung mit dem Ziel einer echten Studierfähigkeit.

Mehr Bildungszeit kommt insbesondere auch den Jungen zugute, denn sie sind eindeutig die Verlierer im G8. Sie bleiben häufiger sitzen und wechseln häufiger an Realschulen und Mittelschulen.

Mehr Bildungszeit kommt auch Kindern aus Unterschichtfamilien zugute und führt zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Während 70 Prozent der 15-jährigen aus Familien aus hohem sozioökonomischen Status das Gymnasium wählen, sind es bei den 15-jährigen aus Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status nur 15 Prozent.

Mehr Bildungszeit ermöglicht auch, den Ausbau der gebundenen Ganztagsklassen am Gymnasium voranzubringen. Das G8 mit bis zu drei Nachmittagen und 36 Wochenpflichtstunden ist zwar eine ganztägige Schule, ermöglicht aber durch die hohe Wochenstundenbelastung keine Übungs- und Erholungsphase.

Mehr Bildungszeit ermöglicht auch eine dreijährige Oberstufe als Basis für eine fundierte Abiturvorbereitung.

Möglichkeiten das Abitur nach 12 Jahren zu erwerben, werden analog dem bisher möglichen Überspringen von Jahrgangsstufen in der gymnasialen Schulordnung installiert.

2. Die Struktur des neunjährigen Gymnasiums

Das Gymnasium in Bayern umfasst die Klassen 5 mit 13. Die Unter-, Mittel- und Oberstufe dauern jeweils drei Jahre. Sie umfassen jeweils 90 Pflichtwochenstunden, sodass mit dann insgesamt 270 Pflichtstunden vom Eintritt ins Gymnasium bis zum Abitur die KMK-Vorgabe mehr als erreicht wird, auch ohne Ausdehnung auf den Nachmittag. Damit kann auch die Verkürzung der Abiturfächer Deutsch, Englisch und Mathematik rückgängig gemacht werden. Selbstverständlich bleiben die bewährten Intensivierungsstunden erhalten, um die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler ins Zentrum des Unterrichts zu stellen. In jedem Fall wird durch die Verlängerung der Schulzeit eine deutliche Entschleunigung erreicht. Es bleibt Zeit, die wesentlichen Inhalte zu vertiefen und der Allgemeinbildung, zu der in hohem Maße auch die politische Bildung gehört, den notwendigen Raum zu geben. Kooperative Lernformen, vernetzter Unterricht und Projektunterricht werden möglich und stärken sowohl das Fachwissen als auch die Kompetenzausprägung.

Der mittlere Schulabschluss wird nach dem erfolgreichen Besuch der 10. Klasse vergeben. Der Wechsel auf die berufliche Oberschule bzw. in eine Berufsausbildung findet in der Regel nach der 10. Klasse statt.

Die 11. Klasse bildet die Einführungsphase, die Jahrgangsstufen 12 und 13 die Qualifikationsphase. In der Jahrgangsstufe 11 wird ein Projektseminar zur Studien- und Berufsorientierung (P-Seminar) eingerichtet. Die Jahrgangsstufen 12 und 13 gliedern sich in je zwei Ausbildungsabschnitte. Vorrückungsentscheidungen werden nicht getroffen. Das Wissenschaftspropädeutische Seminar (W-Seminar) wird zugunsten von zwei Fächern mit erhöhtem Anforderungsniveau (Leistungskurse) aus dem Abiturfächerkanon aufgelöst. Damit wird das wissenschaftsorientierte Arbeiten mit dem Ziel, Fach- und Methodenkompetenzen für ein Hochschulstudium zu erwerben verstärkt und die Studierfähigkeit deutlich erhöht.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

1. Allgemeines

Die Wiedereinführung des G9 führt zu unter Kostengesichtspunkten relevanten Veränderungen.

2. Kosten für den Staat

2.1 Personalkosten

Durch die Erhöhung der Anzahl der verbindlichen Wochenstunden von 265 auf 270 Stunden bis zum Abitur, die jeder Schüler durchlaufen haben muss, entstehen zusätzliche Kosten.

3. Kosten für die Kommunen

Die Kommunen sind durch die Wiedereinführung des G9 im Bereich

- Pflichtaufgaben als Sachaufwandsträger, als Träger der Schülerbeförderung,
- freiwillige Aufgaben als Schulträger betroffen.

Durch die Wiedereinführung des G9 werden besondere Anforderungen an die Erfüllung von Aufgaben durch die Kommunen gestellt. Der dadurch verursachte Mehraufwand ist durch den Staat im Rahmen des Konnexitätsprinzips auszugleichen. Danach ergibt sich im Einzelnen für die Kommunen:

3.1 Sachaufwandsträgerschaft (Pflichtaufgabe)

Städte, Landkreise und Zweckverbände sind nach dem Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) Träger des Sachaufwands der staatlichen und natürlich auch der kommunalen Gymnasien.

Zum Sachaufwand gehören nach Art. 3 Abs. 2 BaySchFG vor allem die Aufwendungen für Bereitstellung, Einrichtung, Ausstattung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der Schulanlage.

3.1.1 Klassenräume, Kursräume, Fachräume etc.

Bei der Wiedereinführung eines neunjährigen Bildungsgangs entsteht in einem Gymnasium wieder ein zusätzlicher Raumbedarf im Bereich der allgemeinen Unterrichtsräume und in dem der Fachräume. Bei einem Wechsel vom G8- zum G9-Bildungsgang wird für eine neu zu bildende Lerngruppe/Klasse ein zusätzlicher allgemeiner Unterrichtsraum und etwa ein Viertel eines Fachraums zusätzlich benötigt. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese Räume noch aus den Zeiten des ‚alten‘ G9-Bildungsgangs zur Verfügung stehen werden, da die durch die Schulzeitverkürzung frei werdenden Räume eines kompletten Jahrgangs an vielen Gymnasien durch die wachsende Zahl der Schülerinnen und Schüler der Gymnasien belegt sind bzw. sein werden. Wenn man von 1,25 Räumen je Zug ausgeht, führt dies bei einer durchschnittlichen Raumgröße von 60 qm insgesamt zu 75 qm. Geht man von 2.500 Euro je qm aus, erfordert dies – sofern Räume tatsächlich in diesem Umfang zusätzlich bereitgestellt werden müssten – zusätzliche investive Ausgaben je Zug von 187.500 Euro im Endausbau. An wie vielen Schulen entsprechende Ausbauten erforderlich sein werden, lässt sich nur durch regionale Analysen ermitteln.

3.2 Schülerbeförderung (Pflichtaufgabe)

Die notwendige Beförderung der Schüler auf dem Schulweg ist u.a. bei öffentlichen Gymnasien im durch das Schulwegkostenfreiheitsgesetz festgelegten Umfang (Pflicht-)Aufgabe der kreisfreien Gemeinde oder des Landkreises des gewöhnlichen Aufenthalts des Schülers.

Die Beförderungspflicht besteht um ein Jahr länger.

Gesetzentwurf

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

§ 1

Art. 9 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 414, 632, BayRS 2230-1-1-K), das zuletzt durch Gesetz vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 371) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) ¹Das Gymnasium umfasst die Jahrgangsstufen 5 bis 13. ²Individuelle Möglichkeiten der Schulzeitverkürzung regeln Verwaltungsvorschriften. ³Das Gymnasium baut auf der Grundschule auf und umfasst die Unterstufe (Klasse 5 bis 7), die Mittelstufe (Klasse 8 bis 10) und die Oberstufe (11 bis 13) mit jeweils 90 Pflichtwochenstunden. ⁴Das Gymnasium verleiht nach dem erfolgreichen Besuch der 10. Klasse den mittleren Schulabschluss, schließt mit der Abiturprüfung ab und verleiht die allgemeine Hochschulreife.“

2. In Abs. 3 Satz 2 wird die Angabe „12“ durch die Angabe „13“ ersetzt.

3. In Abs. 4 wird Satz 1 wie folgt gefasst:

„¹Für die Oberstufe gelten folgende Bestimmungen:

1. Die Einführungsphase umfasst die Jahrgangsstufe 11, die Qualifikationsphase die Jahrgangsstufen 12 und 13.
2. In der Jahrgangsstufe 11 wird ein Projektseminar zur Studien- und Berufsorientierung (P-Seminar) eingerichtet.
3. Die Jahrgangsstufen 12 und 13 gliedern sich in je zwei Ausbildungsabschnitte. Vorrückungsentscheidungen werden nicht getroffen. Es werden zwei Fächer mit erhöhtem Anforderungsniveau (Leistungskurse) aus dem Abiturfächerkanon eingerichtet. Die Leistungsbewertung wird durch Noten und durch ein Punktesystem vorgenommen.
4. Die allgemeine Hochschulreife wird auf Grund einer Gesamtqualifikation zuerkannt, die in der Abiturprüfung und in den Jahrgangsstufen 12 und 13 erworben wird.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Thomas Gehring

Abg. Martin Güll

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Otto Lederer

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 2 d** und **2 e** gemeinsam auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Einführung eines 9-jährigen Gymnasiums: "G9 neu" ([Drs. 17/14945](#))

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Einführung des 9-jährigen Gymnasiums in Bayern ([Drs. 17/15007](#))

- Erste Lesung -

Bei den Entwürfen werden Begründung und Aussprache jeweils miteinander verbunden. Damit hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zehn Minuten und die SPD-Fraktion elf Minuten Redezeit. – Ich eröffne damit zugleich die Aussprache und erteile das Wort Herrn Kollegen Gehring. Bitte sehr.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal ist in der Politik Zeit für klare Worte und klare Aussagen. Wir haben jetzt seit Jahren Dialogprozesse und Modellversuche zu G 8, G 9 oder was auch immer, und jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, klare Aussagen zu treffen, wie es beim Gymnasium in Bayern weitergeht. Denn die Schulen, die Lehrerinnen und Lehrer, die Eltern, die Schülerinnen und Schüler, aber nicht zuletzt auch die Kommunen als Sachaufwandsträger brauchen eine klare Aussage zur Dauer der Schulzeit in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich darf erinnern an den Modellversuch Mittelstufe Plus, der nicht umsetzbar ist. Das hat mittlerweile auch die Staatsregierung erkannt. Wir haben damit zwei Jahre wertvolle Zeit verloren. Jetzt haben wir Vorschläge aus dem Kultusministerium, dass sich die Schulen irgendwie entscheiden sollen, ob sie G 8, G 9 oder beides machen wollen. Dies wird die Situation in Bayern nicht beruhigen. Eine solche Lösung, die jetzt vom Kultusministerium ventiliert wurde, würde an den Schulen und den Standorten in Bayern zu Unruhe und dazu führen, dass es eben keine Klarheit gibt. Sie würde übrigens auch zu viel Unruhe im Landtagswahlkampf führen. Ich kann mir also nicht vorstellen, dass Sie diese Lösung wirklich vorhaben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Kultusminister macht da eine relativ unglückliche Figur. Er kommt mir wie einer vor, der zwischen zwei Mühlsteinen steckt. Auf der einen Seite will der Ministerpräsident Ruhe und eigentlich ein G 9, und auf der anderen Seite will seine CSU-Fraktion beim G 8 bleiben. Weil der Minister aus diesen beiden Mühlsteinen nicht herauskommt, agiert er unglücklich und macht Vorschläge, die nicht umsetzbar sind. Herr Minister Spaenle, wir sagen: Schluss mit dem Wischiwaschi beim G 9. Wir brauchen endlich eine klare Aussage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist schon interessant, dass nach einer Umfrage der Landes-Eltern-Vereinigung nur 9 % der Eltern der Variante des Ministers zugestimmt haben. Die 9 % sind so ähnlich wie das Ergebnis des Volksbegehrens der FREIEN WÄHLER, die auch ein solches Wischiwaschi-Modell vorgeschlagen hatten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt geht es um klare Aussagen. Es ist unsere Aufgabe als Politiker, die Rahmenbedingungen festzulegen, und eine dieser Rahmenbedingungen sind neun Jahre. Deswegen schlagen wir mit unserem Gesetzentwurf folgende Eckpunkte vor: Erstens. Die Regelausbildung am Gymnasium dauert neun Jahre; innerhalb dieser neun Jahre sind Schulzeitverkürzungen möglich. Zweitens. Es

gibt kein Zurück zum alten G 9 – also nichts für Nostalgiker –, sondern das Gymnasium muss weiterentwickelt und reformiert werden. Wir brauchen ein "G 9 neu".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch da machen wir uns nichts vor: Das "G 9 neu" ist nicht kostenneutral zu bekommen. Man kann es aber auch nicht auf Kosten der Kommunen realisieren. Deswegen sagen wir: Das Land muss die Verantwortung für zusätzliche Lehrerstellen übernehmen, außerdem muss für eine Kostenerstattung an die Kommunen nach dem Konnektivitätsprinzip gesorgt werden.

In unserem Gesetzentwurf – das ist ein ganz dürrer Text – umfasst das Gymnasium die Klassenstufen 5 bis 13. Das bedeutet, dass die Schülerinnen und Schüler nach unserem Konzept mehr Lernzeit auf dem Weg zum Abitur bekommen. Ich halte nichts von den Vorschlägen, wie sie aus dem Hause Spaenle kamen, dass der Stoff von acht auf neun Jahre gestreckt werden soll. Nein, die Schülerinnen und Schüler brauchen mehr Zeit, um intensiver und vertieft zu lernen, um mit mehr Übungsphasen nachhaltiger zu lernen, um stressfreier zu lernen, aber auch um nachdenken und reflektieren zu können. Wir müssen dem Gymnasium zudem mehr Zeit für Inhalte und für Persönlichkeitsentwicklung geben sowie – davon war vorhin schon die Rede – für politische und gesellschaftliche Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Das "G 9 neu" bedeutet eine Reform des Gymnasiums; denn diese Schulart hat sich stark verändert. Vor 14 Jahren lag die Übertrittsquote aufs Gymnasium noch bei 30 %, heute beträgt sie bayernweit 40 %; in einzelnen Orten liegt sie noch wesentlich höher. Die heutige Schülerschaft ist wesentlich heterogener als früher, mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und unterschiedlichen Hintergründen in den Elternhäusern.

Das Gymnasium wird sich in Zukunft einer noch größeren Schülerschaft öffnen müssen. Dabei denke ich zum Beispiel an die Kinder mit Migrationshintergrund oder an die

Kinder aus Flüchtlingsfamilien, die ebenfalls das Recht haben müssen, aufs Gymnasium zu gehen, wenn sie die entsprechende Eignung mitbringen. Dann muss sich das Gymnasium aber auch auf diese Schülerinnen und Schüler einstellen.

Daher brauchen wir insgesamt eine Reform des Gymnasiums, eine Veränderung in der Lern- und Leistungskultur, auch in der Leistungsmessung und in der Art und Weise, wie unterrichtet wird. Wir benötigen also das "G 9 neu".

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Auch unser Konzept sieht vor, dass die Schulzeit verkürzt werden kann, dass die Möglichkeit besteht, das Gymnasium in acht Jahren zu durchlaufen. Beispielsweise könnte nach der 10. Klasse gewählt werden, ob das Abitur mit Abschluss der 12. oder der 13. Klasse abgelegt wird. Dafür brauchen die Schülerinnen und Schüler jedoch Unterstützung; hierfür wären Förderangebote in den Klassen 9 und 10 notwendig. Sicherlich bestehen noch andere Möglichkeiten der individuellen Verkürzung. Wichtig ist jedoch, dass man das Gymnasium von neun Jahren her denkt und dann in die Verkürzung gehen kann. Das Ganze funktioniert nicht, wenn man es von acht Jahren her denkt und von da aus in die Verlängerung geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie einem GRÜNEN ein Beispiel aus der Autofahrer-Szene. Niemand würde einen Beschleunigungsstreifen auf der Autobahn länger bauen als die normale Fahrspur; das würde gar nicht funktionieren. Die Beschleunigungsspur muss kürzer sein. So muss auch das Gymnasium auf neun Jahre ausgerichtet sein.

Wenn von der Gymnasialreform die Rede ist, müssen wir auch ein Wort über das Geld verlieren. Dieser Aspekt kommt mir in den letzten Jahren ein wenig zu kurz. Da wird immer wieder der Eindruck erweckt, man könne einfach so acht Jahre auf neun Jahre strecken und der Lehrplan bliebe gleich. Der Minister spricht immer vom "Stoff, der gleich bleibt". Wenn man jedoch einen Stoff immer mehr dehnt, von acht auf neun Jahre, dann zerreißt dieser Stoff irgendwann, und dann ist er nichts mehr wert. Wir

brauchen also eine Neukonzeption der Lernzeit fürs Gymnasium, und zwar ausgerichtet auf neun Jahre. Hierfür werden natürlich mehr Mittel benötigt.

Ich darf daran erinnern, dass im Haushalt 2014 – das ist noch gar nicht so lange her – 1.458 Lehrerstellen gestrichen worden sind mit dem Hinweis: Wegfall der 13. Klasse. Es ist doch logisch, dass zumindest ein Teil dieser Lehrerstellen wieder besetzt werden muss, wenn die 13. Klasse wieder eingeführt wird.

(Zuruf von der CSU: Die sind doch gar nicht weggefallen!)

Deswegen sagen wir: Wir brauchen 1.000 zusätzliche Lehrkräfte, die noch aufgebaut werden müssen, wenn wir ein neunjähriges Gymnasium einführen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit "G 9 neu" ist wichtig, dass diese neun Jahre im Gesetz verankert werden müssen, und zwar vor allem für die Kommunen. Die Kommunen brauchen Planungssicherheit; sie müssen wissen, wohin die Entwicklung geht. Sie müssen ihre Schulen planen, sie müssen gegebenenfalls Neubauten errichten, weil G 9 natürlich mehr Räume benötigt als G 8. Ein Reformgymnasium braucht ohnehin mehr Räume als das alte G 8. Insofern müssen die Kommunen wissen, wohin die Reise geht, und zwar jetzt.

Außerdem muss klar sein, wie das Ganze finanziert werden soll, damit die Lasten nicht bei den Kommunen hängenbleiben. Wenn die neun Jahre ins Gesetz hineingeschrieben werden, ist klar, dass hier entsprechende Konnexität gilt. Diese Fragen müssen dann mit den Kommunen geklärt und die Kosten erstattet werden. Der Präsident des Bayerischen Städtetags hat eine Summe von 1,5 Milliarden Euro genannt, die auf die Kommunen zukommen könnte. Auch wir gehen mal von dieser Zahl aus; wenn es dann weniger wird, soll es uns allen recht sein. Wir sollten hier jedoch keine falschen Tatsachen vorgaukeln.

Wir brauchen Klarheit, und deshalb ist der jetzige Zeitpunkt genau richtig für unseren Gesetzentwurf. Ich hoffe auf gute Beratungen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat sowohl zur Aussprache als auch zur Begründung der Kollege Güll von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast ist man versucht zu sagen: Man kann diese Diskussionen über die G-8- und G-9-Laufzeit schon bald nicht mehr hören. Dennoch ist es notwendig, jetzt endlich den Sack zuzumachen.

Ich zitiere: Es wird einen gewissen Prozentsatz von Schülerinnen und Schülern geben, um die 30 % meiner Meinung nach, die schneller ans Ziel wollen, und die können das auch. – Das ist eine Erkenntnis des Herrn Ministerpräsidenten. Im Umkehrschluss heißt das: Er ist wie wir der Meinung, dass 70 % oder 75 % der Schülerinnen und Schüler, vielleicht auch mehr, eine längere Bildungs- und Lernzeit brauchen. Der Ministerpräsident hat sich mittlerweile unseren Argumenten angeschlossen, und das ist auch ganz legitim.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man, so wie es auch der Ministerpräsident gerne macht, an die Basis zu den Bürgerinnen und Bürgern geht und sich dort einmal umhört, dann kann man so einiges an Meinungen sammeln. Daher möchte ich Ihnen kurz ein paar Zitate vortragen, die ich in diversen Zeitungen gelesen habe. Dabei handelt es sich um Zitate von Praktikern, von Schulleiterinnen und Schulleitern.

Erstes Zitat: Bildung und eine entsprechende Reife der Schüler brauchen Zeit. – Das sage nicht ich, sondern das sagt ein Praktiker.

Zweites Zitat: Viele Schüler kommen mit dem G 8 nicht zurecht. Ich wünsche mir eine klare Regelung. – Das wünschen wir uns auch.

Ein drittes Zitat: Ich hoffe auf eine einheitliche Vorgabe zugunsten eines an Bildungsinhalten und Kompetenzen orientierten G 9, das auch in acht Jahren durchlaufen werden kann. – Das wollen wir auch.

Viertes Zitat: Ich war noch nie für die kürzere Variante, weil die Schüler die Zeit vor allem im Endspurt brauchen. – Genau, exakt; dem kann man eins zu eins zustimmen.

Fünftes Zitat: Gerade für uns als Landschule ist das G 8 mit seinen Unterrichtszeiten bis spät in den Nachmittag hinsichtlich der Busanbindung komplizierter. – Auch das ist gelebte Realität.

Letztes Zitat: Mir wäre eine für alle Gymnasien einheitliche Entscheidung am liebsten, wodurch etwa für Familien bei einem Umzug in eine andere Stadt am wenigsten Probleme aufträten.

Herr Kultusminister, genau das ist die Sachlage, und genau aus diesen Gründen muss mit dieser Rumeierei endlich Schluss sein!

(Beifall bei der SPD)

Darum ist es jetzt an der Zeit, eine klare Ansage zu machen. Wenn es noch einer weiteren Begründung bedarf, dann schauen wir uns doch einmal die jüngsten Ergebnisse der Umfrage der Landes-Eltern-Vereinigung an. Auch hier – immerhin haben sich dort rund 36.000 Eltern zu Wort gemeldet – ist es eindeutig und klar: Nahezu 80 % der befragten Eltern wollen ein neunjähriges Gymnasium.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde fast vermuten, dass die Landes-Eltern-Vereinigung – LEV –, wir und andere auch diese Umfrage in den nächsten Wochen noch einmal zum Anlass nehmen, um

politisch klare Ansagen zu machen. Wir werden keine Ruhe geben, bis wir das G 9 im Gesetz stehen haben.

(Beifall bei der SPD)

Der Bayerische Philologenverband hat sich längst, eigentlich schon kurz nach der Landtagswahl 2013, festgelegt. Neu ist aber, dass sich auch die Direktorenvereinigung, die eigentlich am längsten G-8-Befürworter war, jetzt eindeutig – ich zitiere – "für eine neunjährige Lernzeit als Regelmodell" einsetzt.

Zusammenfassend darf ich feststellen – das freut mich auch, es ist wirklich eine große Freude –: Nahezu alle, die irgendetwas mit dem Gymnasium zu tun haben, sind wie die SPD-Landtagsfraktion der Meinung, dass es ein neunjähriges Gymnasium geben sollte.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, was machen wir jetzt? Weiter herumeiern, die Dialogphase nochmals verlängern?

(Oliver Jörg (CSU): Das ist vielleicht die Sicht der SPD!)

Ja, was reden Sie denn eigentlich in der Dialogphase? Was ist denn da noch zu reden? Es ist doch alles gesagt, über Monate, eigentlich schon über Jahre, und es ist klar entschieden von denen, die im Gymnasium arbeiten müssen, Herr Kollege Jörg. Es ist entschieden.

Aber es gibt ja einen Lichtblick. – Jetzt ist er leider nicht da. Bei meinen Recherchen in der Zeitung habe ich tatsächlich einen CSU-Abgeordneten gefunden,

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

der auch Mitglied des Bildungsausschusses ist, und der sagt doch tatsächlich: Ich favorisiere die Rückkehr zum G 9. Das würde zwar zu mehr Kosten führen, sagte er ge-

genüber einer Zeitung, da beispielsweise mehr Lehrer benötigt würden. Er halte es aber für wichtig, dass die jungen Menschen wieder Zeit zum Lernen haben und Wissen vertiefen können. Herr Tomaschko, ich kann Sie beglückwünschen: Das ist eine klare, eindeutige Haltung, genau so, wie wir sie von den CSU-Abgeordneten erwarten würden.

(Beifall bei der SPD)

Warum machen wir dann jetzt einen Gesetzentwurf für ein G 9? – Es ist eine ganz einfache Sache: Wenn die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler in ein neunjähriges Gymnasium geht, weil sie das wählen, dann muss das im Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen auch so festgelegt sein. Umgekehrt geht es nicht. Deshalb gibt es hier Handlungsbedarf, und deshalb legen wir heute konsequent und klar diesen Gesetzentwurf vor.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das wäre auch nur recht und billig den Eltern gegenüber, die momentan gerade in den Informationsveranstaltungen sitzen und auf eine klare Ansage des Kultusministeriums bzw. der Staatsregierung warten, wie es mit ihren Kindern ab Herbst weitergeht: Kommen sie in ein G 9, oder müssen sie in einem G 8 bleiben mit irgendwelchen ominösen Dehnungsversuchen, "Mittelstufe Plus" genannt?

Aber es wäre zu wenig, nur die Laufzeit festzulegen. Das ist klar, darin sind wir uns alle einig. Wir schreiben den Artikel 9 neu, indem wir jetzt 5 bis 13 Jahre hineinschreiben, und wir schreiben auch hinein, dass es eine Überholspur, also eine Verkürzungsmöglichkeit, geben muss. Auch darin sind wir uns einig. Wir schreiben aber auch hinein, dass wir einerseits mehr Qualität haben wollen und andererseits auch eine Entlastung für die Schülerinnen und Schüler; denn das sind die beiden Ansagen, die wir aus der Community des Gymnasiums hören. Also steht in unserem Gesetzentwurf: Wir wollen in der Regel wieder 30 Wochenstunden haben, damit wir den Nachmittag

wieder für andere Aktivitäten, auch Wahlfachangebote, freibekommen. Das ist eine klare Entlastung der Schülerinnen und Schüler.

Aber wir wollen auch dadurch Qualität erreichen, indem wir die Oberstufe überarbeiten. Hier lohnt es sich, auch einmal mit den Lehrkräften und den Schülern in der Oberstufe zu sprechen. Sie sagen uns klar und eindeutig: Liebe Leute, wir bekommen Qualität, wenn wir unser Wissen in mindestens zwei Fächern vertiefen können. Früher konnten wir das, das waren die Leistungskurse; warum bitte jetzt nicht wieder? Das wollen wir auch im Gesetz stehen haben.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen ist das eine klare Ansage der Kultusministerkonferenz. Es lohnt sich, einmal nachzulesen. Da steht nämlich, dass es in der Oberstufe in zwei Fächern vertiefte Angebote geben soll. Bei dem jetzigen Oberstufenangebot kann man von einer Vertiefung weiß Gott nicht sprechen. Die Seminare, die wir neu eingeführt haben, sind nämlich nicht dazu da, dies auszugleichen.

Kurzum: Wir sind jetzt an einem Punkt, wo es nicht mehr um Sprüche geht wie: G 8 ist überholt und G 9 ist überholt, sondern wir brauchen ein klares Chassis für das "Auto Gymnasium". Wir wollen uns im Nachgang – wenn dies im Gesetzentwurf geschehen ist – mit allen zusammensetzen und überlegen: Wie schaut das "G 9 neu" aus? Welche Pädagogik brauchen wir? Welche Inhalte brauchen wir? Welche Fächerkombinationen müssen wie gestrickt werden? Es lohnt sich, das in Ruhe und Sorgfalt zu tun, damit wir ein wirklich tragfähiges Gymnasium bekommen. Ja, es ist richtig, was der Kollege Gehring sagte: Es wird teuer. Das haben aber nicht wir zu verantworten.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Der mal hier saß!)

– Ja, der saß da drüben, er saß direkt neben mir. Er wollte damals Geld sparen. Er hat auch Geld gespart, aber auf Kosten der Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei der SPD)

Es ist legitim, für ein ordentliches Gymnasium auch Geld auszugeben. Ich weiß aber auch: Nicht nur für das Gymnasium brauchen wir Geld. Das ist eine klare Ansage auch an die anderen Schularten: Wir vergessen euch nicht. Wir haben auch die anderen Schulformen im Blick, müssen aber jetzt eine klare Entscheidung treffen. Deshalb steht im Gesetzentwurf: Wir brauchen mehr Kohle, um mehr Lehrer einzustellen, und wir brauchen eine klare Ansage an die Kommunen: Ihr bleibt nicht allein. Das, was der Staat hier verbockt hat, müsst ihr nicht in Gänze bezahlen. Wir wollen, dass der Staat auch hier für die Kommunen Finanzmittel bereitstellt, damit das auch unterstützt wird.

Alles in allem hoffe ich auf eine interessante Diskussion im Bildungsausschuss über die zwei Gesetzentwürfe. Wir haben zwei fast wortgleiche Gesetzentwürfe; daher, glaube ich, werden wir gemeinsam daran arbeiten. Schauen wir einmal, wie es bei den FREIEN WÄHLERN aussieht! Wir werden es ja gleich hören. Aber am Ende dieser Diskussion muss ein klares "G 9 neu" stehen.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Lederer von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute zwei Gesetzentwürfe vorliegen, und ich darf gleich an die Rede des Kollegen Martin Güll anschließen, der von "Herumgeeiere" gesprochen und diverse Kollegen aus der CSU zitiert hat. Diesem Vorgehen möchte ich mich einmal anschließen:

(Zuruf von der CSU)

Was hat denn die SPD in den letzten fünf Jahren zum Thema Gymnasium gesagt?

(Volkmar Halbleib (SPD): Kalter Kaffee, Herr Kollege!)

Herr Güll hat damals, 2012, als Vorsitzender des Bildungsausschusses nach einer Anhörung zum Gymnasium Folgendes gesagt – ich zitiere –: "Niemand will zurück zu einer generell längeren Schulzeit."

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Hört, hört! – Volkmar Halbleib (SPD): Alles kalter Kaffee, Herr Kollege! Jetzt geht es um die Zukunft! Sie leben in der Vergangenheit! Um die Zukunft geht es!)

Im selben Jahr hat er einmal gesagt – ich zitiere wieder –: "Kein unsinniges zusätzliches Schuljahr" am Gymnasium.

(Beifall bei der CSU – Kerstin Schreyer (CSU): Na, so was!)

Dennoch hat die SPD in den vergangenen fünf Jahren eine ganze Menge Ideen zum Gymnasium eingebracht: 2012 die flexible Oberstufe, 2013 das Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten, 2014 die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums, 2015 – interessant! – das Wahlrecht für ein neunjähriges Gymnasium. Ich glaube, gerade hat der Kollege Güll das Thema Wahlrecht noch als kritisch angesehen, damals hat es die SPD auf jeden Fall noch gefordert. 2016: G 9 jetzt! Und 2017 haben wir einen Gesetzentwurf "Einführung des 9-jährigen Gymnasiums in Bayern". Wenn ich richtig zählen kann, sind das sechs verschiedene Ansichten in den letzten sechs Jahren.

(Beifall und Lachen bei der CSU)

Und wer dann von "Herumgeeiere" spricht, dem sage ich: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

Gehen wir näher auf den Gesetzentwurf ein. Herr Kollege Güll, Sie haben gesagt, damals wurde das G 8 eingeführt, um Geld zu sparen. Demnach haben alle 16 Bundesländer nur im Sinn gehabt, Geld zu sparen; denn überall, wo das G 8 noch nicht bestand, wurde es eingeführt. Und wer glaubt, dass das G 8 das große Geldsparmmodell war, der irrt. Kollege Gehring hat vorhin ausgeführt, wie viele Stellen eingespart wurden. Aber wie viele Stellen am Gymnasium in den letzten Jahren zusätzlich geschaf-

fen wurden, hat er verschwiegen. Eine so gute Schüler-Lehrer-Relation, wie wir sie mit dem G 8 derzeit am Gymnasium haben, hatten wir noch nie, auch nicht zu G-9-Zeiten. Zu glauben, das sei ein reines Sparmodell, ist natürlich völlig falsch.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

Und dass das G 8 nur Nachteile hätte, kann man auch nicht sagen. Es gibt sogar einige Dinge, von denen Sie in Ihren beiden Gesetzentwürfen sagen, man sollte sie beibehalten. Auch hier würde ich mit der Kritik am Bestand ein wenig zurückhaltender sein.

Nichtsdestoweniger kann man sich Gedanken darüber machen, wie wir das Gymnasium in Bayern weiterentwickeln wollen. Dafür gibt es einen klaren Fahrplan: kein Wischiwaschi, sondern einen ganz klaren Dialogprozess. Wir gehen davon aus, dass er im ersten Halbjahr 2017 dazu führt, dass wir die gesetzlichen Regelungen schaffen und dass wir im darauffolgenden Schuljahr, also nicht zu Beginn des Schuljahres 2017/2018, sondern zu Beginn des Schuljahres 2018/2019, in die Breite gehen können. Das ist ein ganz klarer Fahrplan. Hier wird niemand in der Luft hängen gelassen, so wie das da und dort angedeutet wurde.

Im Gesetzentwurf der SPD heißt es, die Einführung des neunjährigen Gymnasiums bringe sehr viele Vorteile. Ich möchte einmal das eine oder andere daraus vorlesen: Es soll eine adäquate Abiturvorbereitung geben und die echte Studierfähigkeit erlangt werden – anscheinend gab es die bislang nicht. Die Jungen sollen am Gymnasium wieder mehr gefördert werden. Es soll zu mehr Bildungsgerechtigkeit führen. – Ich meine, die Bundesbildungsministerin hat vor gar nicht allzu langer Zeit geäußert, dass Bayern zu den Ländern gehört, in denen die Bildungsgerechtigkeit besonders gut ausgeprägt ist.

(Beifall bei der CSU)

Okay, es gibt nichts, was man nicht noch verbessern kann.

Der Ausbau des gebundenen Ganztags soll durch das neunjährige Gymnasium gefördert werden, es soll endlich eine fundierte Abiturvorbereitung geben. Die Verkürzung der Abiturfächer Deutsch, Englisch und Mathematik soll rückgängig gemacht werden. Angestrebt sind eine deutliche Entschleunigung, Vertiefung, Allgemeinbildung, politische Bildung, kooperative Lernformen, vernetzter Unterricht. All das soll gemacht werden. Und wissen Sie, wie viel mehr Zeit der SPD-Entwurf im Vergleich zu G 8 einplant? – Ganze fünf Unterrichtsstunden!

(Martin Güll (SPD): Pflichtunterrichtsstunden! Nachlesen, Herr Kollege!)

Wir haben also eine Erhöhung der Lernzeit um 1,9 %. Damit haben die Schüler dann am Gymnasium, zumindest in der Unter- und Mittelstufe, weniger Unterricht als an der Mittelschule. In diesen fünf Stunden soll das dann alles gemacht werden. Ich prophezie Ihnen: Sie werden nur in einigen Fächern, wenn überhaupt, eine längere Lernzeit vorweisen können, und wenn Sie das in mehreren Fächern anstreben, dann müssen sie in anderen sogar kürzen. Das wird hier natürlich verschwiegen. Vor diesem Hintergrund muss ich Ihnen ganz offen sagen: Mit dem, was Sie hier vorgelegt haben, ein neunjähriges Gymnasium mit ganzen 270 Wochenstunden, können Sie schon rein rechnerisch Ihre Ziele nicht erreichen.

Der Gesetzentwurf ist aus meiner Sicht handwerklich sehr, sehr schlecht gemacht. Deswegen können wir ihm derzeit nicht nähertreten.

(Martin Güll (SPD): Besser machen!)

– Warten wir mal den Dialogprozess ab. Sie werden demnächst mehr erfahren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn der Ministerpräsident entschieden hat, werden Sie Ihre Rede auch anders halten müssen! Das wissen Sie!)

Gehen wir einmal zum Gesetzentwurf der GRÜNEN über. Hier wird sehr wenig über die Details kundgetan. Man hat sich gesagt: Okay, wir schaffen jetzt mal einen Rahmen von neun Jahren – es gibt gewisse Punkte, die man einfließen lassen kann und

die durchaus eine Überlegung wert sind, Kollege Gehring – und regeln dann vieles im Detail in weiteren Gesetzen. Aber einen großen Punkt muss ich herausgreifen, bevor die Redezeit zu Ende ist, und zwar den Zeitpunkt, zu dem Sie das einführen wollen: zum 1. August 2017.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben das G 8 über Nacht eingeführt! Sie haben wohl politische Amnesie!)

Wenn Sie in der 5. und 8. Klasse gleichzeitig das neunjährige Gymnasium einführen wollen, dann bräuchten Sie zwei Lehrplankonzeptionen mit entsprechenden Stunden- tafeln und müssten in der Zwischenzeit die mit der Konnexität einhergehende Kosten- folge mit den kommunalen Spitzenverbänden regeln. Sie bräuchten eine Abklärung, wie Sie das mit dem mittleren Schulabschluss in der 10. Jahrgangsstufe handhaben wollen, wenn Sie bereits in der 8. Jahrgangsstufe das neunjährige Gymnasium einfüh- ren wollen. Bei der Mittelstufe Plus haben wir das bisher nicht geschafft. Mich würde stark interessieren, wie Sie das angehen wollen.

Wie das Ganze mit der Lernzeitverkürzung funktionieren soll, haben Sie auch noch nicht ausgeführt, ebenso wenig, was den Umgang mit den Pilotschulen in der Mittel- stufe Plus angeht – auch dazu habe ich nichts gelesen; es gibt ja auch keine Begrün- dung zu diesem Gesetzentwurf.

Allein diese Reihe von Punkten muss abgeklärt werden. Deswegen denke ich, dass es Sinn macht, den Dialogprozess seriös weiterzuführen und nicht vorzeitig abubrechen, ohne genau diese Themen mit den Verbänden und mit der Schulfamilie auszudiskutie- ren. Vor diesem Hintergrund können wir beiden Gesetzentwürfen nicht nähertreten und müssen sie ablehnen. Tut mir leid!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Lederer. – Der Kollege Gehring hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Lederer, vielen Dank für Ihre Kritik, die wir natürlich gern aufnehmen. Insgesamt muss ich sagen, dass ich Ihre Rede mit großer Freude verfolgt habe. Man sieht: Sie bereiten sich auf Ihre Rolle als Oppositionsabgeordneter vor.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CSU
– Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Realitätsverlust beim Kollegen Gehring!)

Es war eine klassische Oppositionsrede: Sie sagen, was Ihnen nicht passt. Ich weiß nicht, ob Sie jetzt die Bundesebene meinen. Herr Seehofer hat ja damit gedroht, dass die CSU im Bund in die Opposition geht. Ich weiß nicht, wem diese Drohung gelten soll; mich schreckt das jetzt nicht besonders. Aber vielleicht denken Sie auch schon an 2018, wenn Sie die Oppositionsrolle übernehmen. Von Ihnen war nicht zu hören, was Sie wollen, wo es hingehen soll, was die Position der CSU-Fraktion ist. Sie diskutieren sehr viel – ich verweise auf den Kollegen Tomaschko –: Wie ist der Zwischenstand, wohin geht es? Alle warten auf eine Antwort. Alle Verbände haben sich geäußert. Man sieht: Sie sind ein – –

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Nie was von Dialog gehört?)

– Dialog heißt übrigens, dass das Kultusministerium Gespräche führt. Auch wir führen Gespräche. Wir können jahrelang Gespräche führen, aber irgendwann muss klar sein, wie der Rahmen ist, und das haben wir in unserem Gesetzentwurf deutlich gemacht. Die Außenarchitektur muss klar sein. Das ist unser Job. Wie es dann innen gestaltet wird, ist Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer, nicht unsere. Aber die Außenwand muss irgendwann einmal gezogen werden, und dazu haben wir von Ihnen nichts gehört.

Ich finde es gut, wenn Sie sich als Oppositionspolitiker fühlen. Ich wünsche das jedem Abgeordneten. Es gehört zur demokratischen Bildung eines Abgeordneten, auch einmal Oppositionszeit erlebt zu haben. Mich freut es, dass Sie sich schon auf diesen Weg begeben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Oh Gott!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Lederer, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Otto Lederer (CSU): Herr Kollege Gehring, ich weiß nicht, wie Sie jetzt auf diese Idee kommen, aber vielleicht haben Sie sich die Tagesordnung nicht richtig angeschaut: Dort sind zwei Gesetzentwürfe aufgeführt, einer von den GRÜNEN und einer von der SPD. Und genau darum geht es heute. Wenn dort ein Gesetzentwurf der CSU steht, dann reden wir über die Themen, die die CSU bewegen.

(Beifall bei der CSU)

Aber ich diskutiere auch inhaltlich gern mit Ihnen. Sie haben sich ja auch weiterentwickelt. Vor gar nicht allzu langer Zeit haben Sie gesagt: In der Unter- und Mittelstufe brauchen wir nicht mehr Zeit, nein, wir brauchen ein Gymnasium, in dem nur in der Oberstufe Flexibilität möglich ist.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

Das haben die GRÜNEN damals gesagt. Jetzt sind Sie schon ein Stück weiter. Das heißt, allein diese Zeit hat schon dazu beigetragen, dass auch Sie Erkenntnisse gewonnen haben. Auf dieser Basis können wir auch in Zukunft weiterdiskutieren; das tun wir gern. – Ich bedanke mich dafür.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Kollege Prof. Dr. Piazzolo das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir FREIE WÄHLER sind sehr zufrieden mit der Richtung, in die sich die Diskussion beim Gymnasium bewegt; denn sie bewegt sich genau in die Richtung, die wir seit vier Jahren eingeschlagen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben diese Richtung schon damals bei unserem Volksbegehren eingeschlagen

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

und gesagt: Es muss ein neunjähriges Gymnasium geben. Lieber Kollege Gehring, wir haben damals schon gesagt, dass wir der Auffassung sind, dass deutlich mehr als 60 % diese Form des Gymnasiums wählen werden. Damals gab es Zahlen vonseiten des Kultusministeriums, die von 20 % ausgegangen sind. Das Kultusministerium hat damals 20 % geschätzt. Herr Lederer, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie die unterschiedlichen Schritte geschildert haben, die die SPD und die GRÜNEN seitdem gegangen sind. Wir freuen uns natürlich, dass auch bei Ihnen nun klar ist, wenngleich vielleicht in Details anders, dass Sie ein neunjähriges Gymnasium wollen.

Inzwischen marschieren alle Lehrerverbände mit Unterschieden im Einzelnen in diese Richtung. Die Direktoren gehen in diese Richtung, obwohl sie damals beim Volksbegehren gesagt haben: Neunjähriges Gymnasium, no way. – Inzwischen haben sich auch die Eltern angeschlossen, die damals gesagt haben, das G 8 werde von allen Eltern gewünscht. Die veränderten Positionen der letzten vier Jahre sind eine klare Bestätigung für den Kurs der FREIEN WÄHLER, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Dialogprozess, der jetzt geführt wird, hat natürlich etwas Eigenartiges. Ich bin sehr für Dialog. Man soll sich unterhalten. Aber ich habe den Eindruck, Herr Staatsminister,

dass sich diese Gruppen, je mehr Sie mit ihnen reden, umso mehr verändern und desto mehr von Ihren Positionen wegwandern.

(Heiterkeit bei der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Das heißt, der Dialogprozess führt dazu, dass alle in Richtung der FREIEN WÄHLER, der SPD und teilweise der GRÜNEN marschieren und immer mehr weg von Ihnen. Was machen Sie in diesem Dialog?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Sie scheinen die Leute in Richtung G 9 abzuschrecken. Ich habe manchmal den Eindruck, dass dahinter eine geheime Agenda steckt. Vielleicht besteht die geheime Agenda darin, alle in die Richtung zu bringen, an die Sie eigentlich denken, aber an die der Herr Waschler und viele andere in der CSU-Fraktion nicht denken.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Woher wollt ihr wissen, was wir denken?)

– Nein, wir wissen eben nicht, was Sie denken. Das ist genau das Problem. Keiner weiß, was Sie denken und was Sie wollen. Das ist das Problem, unter dem die Schulfamilie im Moment leidet, Herr Waschler.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Sie haben es genau erfasst. Sie sind an der Regierung, und keiner weiß, was Sie denken. Das ist seit vier Jahren das Problem.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Deshalb sage ich Ihnen deutlich: Sie müssen jetzt springen, so schwer es auch fällt. Sie müssen vom einen Ufer, G 8, in die richtige Richtung gehen und sagen: Wir sind der Meinung unseres Ministerpräsidenten. – Wir wollen ein neunjähriges Gymnasium,

weil die Zeit davonläuft. Herr Lederer hat vorhin gesagt, was alles bis 2018/2019 zu tun ist. Wenn Sie mit Lehrern oder Eltern sprechen, dann sagen diese Ihnen, das Zeitfenster schlieÙe sich und werde enger. Spätestens im Februar oder März müssen Sie entscheiden. Ich hatte so gehofft, dass Sie in Banz zusammenkommen und nicht nur den 50. Geburtstag von Söder feiern, sondern auch sagen: Wir setzen uns zusammen und finden eine Linie für das Gymnasium. Wir tun den Eltern, den Schülern und den Lehrern den Gefallen. Wir sind da und sagen, was wir wollen.

Das ist es, was die gesamte Schulfamilie von Ihnen verlangt. Beenden Sie den Dialogprozess. Er wird immer schlimmer. Die Menschen rücken immer mehr von Ihnen ab. Sagen Sie deutlich, dass in Bayern ein neunjähriges Gymnasium kommen wird. Nennen Sie die Bedingungen, und sagen Sie nicht, dass Sie nur vom G 8 aus denken. Ich glaube, das hat sich inzwischen erledigt. Also: Handeln, nicht nur reden und nicht wissen, was Sie selber denken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, die Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Bildung und Kultus als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Widerspruch sehe ich nicht. Damit ist es so beschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Gesetzentwurf der Abgeordneten
Markus Rinderspacher, Martin Güll,
Kathi Petersen u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 17/15007

**zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das
Erziehungs- und Unterrichtswesen
Einführung des 9-jährigen Gymnasiums in Bayern**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Güll**
Mitberichterstatter: **Otto Lederer**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 63. Sitzung am 30. März 2017 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 153. Sitzung am 9. Mai 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 72. Sitzung am 11. Mai 2017 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Martin Güll
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Susann Biedefeld, Klaus Adelt** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/15007, 17/16852

**zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen
Einführung des 9-jährigen Gymnasiums in Bayern**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Thomas Gehring

Abg. Martin Güll

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Otto Lederer

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Claudia Stamm

Staatssekretär Bernd Sibler

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 6 und 7** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Einführung eines 9-jährigen Gymnasiums: "G9 neu" ([Drs. 17/14945](#))

- Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Einführung des 9-jährigen Gymnasiums in Bayern ([Drs. 17/15007](#))

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 48 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist Herr Kollege Gehring für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegen heute in Zweiter Lesung die Gesetzentwürfe für die Einführung eines neunjährigen Gymnasiums, "G 9 neu", vor. Am Anfang des Jahres haben die Ersten Lesungen zu diesen beiden Gesetzentwürfen stattgefunden. Wir haben dann über diese Gesetzentwürfe im Ausschuss beraten. Wir können nach der Diskussion dieser Gesetzentwürfe feststellen: Das neunjährige Gymnasium in Bayern kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich erwarte natürlich, dass Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen werden. Die Diskussion über das G 8 ist alt. Am Ende sind wir aber zu einer Lösung gekommen, die wir mit unserem Gesetzentwurf vorgeben. Diese Lösung ist mit vielen Punkten identisch, die von der CSU-Fraktion beschlossen worden sind und demnächst in dieses Haus eingebracht werden. Ich darf daran erinnern, dass es diese Diskussion gab, seit das G 8 in Bayern eingeführt worden ist. Es gab eine Unzufriedenheit mit dem G 8. Dann gab es Vorschläge zu einer Reform. Darauf folgten einzelne Veränderungen. Dieses G 8 ist jedoch nie zur Ruhe gekommen. Deswegen haben wir in den letzten Jahren immer wieder die Diskussion über die Einführung eines neunjährigen Gymnasiums geführt. Wir haben dabei unterschiedliche Reformvorstellungen entwickelt und immer wieder darüber diskutiert. Das Kultusministerium hat, wenn man so will, zwei Dialogforen durchgeführt, bei denen alle Betroffenen über dieses Thema gesprochen haben. Diese Dialogforen waren aber nicht sehr erfolgreich, weil es immer das Ziel der CSU, des Kultusministeriums und der Staatsregierung war, bei allem Dialog das achtjährige Gymnasium zu erhalten und es nicht zu verändern.

Zu Beginn dieses Jahres haben wir unseren Gesetzentwurf eingebracht und vorgestellt. Dahinter steht das Konzept eines "G 9 neu". Wir haben darüber in diesem Parlament diskutiert, weil der Bayerische Landtag der Ort ist, an dem wir über dieses Thema diskutieren müssen. Wir müssen hier darüber reden, wie die Zukunft des Gymnasiums auszusehen hat. Wir sind der Gesetzgeber. Im Bildungsföderalismus ist dafür das Land zuständig.

Interessant war, dass sich die CSU-Kollegen an dieser Diskussion nicht beteiligt haben. Sie haben sich nicht an der Diskussion über die Zukunft des Gymnasiums in Bayern beteiligt. Sie haben keine eigenen Vorstellungen präsentiert. Sie haben sich bis zur Selbstverleugnung an dieser inhaltlichen Debatte nicht beteiligt. Sie haben diese Diskussion über das G 9 nicht geführt, weil Sie in Ihrem Innersten am G 8 festhalten wollten.

Wir kennen nun die Vorschläge, die Sie einbringen werden. Wenn man sich Ihre Vorschläge ansieht und sie mit unserem Gesetzentwurf vergleicht, wird man feststellen, dass vieles so ist, wie wir es in unserem Gesetzentwurf beschrieben haben. Die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER und die Presse haben dieses Thema in das Parlament gebracht. Es waren ferner die Verbände, die Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien und der Philologenverband, die auf unserer Linie waren und dieses Thema vorangebracht haben. Währenddessen hat in der CSU-Fraktion ein Machtkampf getobt, bei dem es darum ging, eine Seehofer-Ansage doch noch nicht durchsetzen zu müssen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es! – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Märchen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was Sie hier veranstaltet haben, war ein Beispiel für Machtpolitik und ein bildungspolitisches Trauerspiel. Danach sind bruchstückhaft verschiedene Varianten herausgekommen, wie das Gymnasium nach Ihrer Auffassung aussehen sollte. Am Ende hat sich jedoch das durchgesetzt, was im Gesetzentwurf der GRÜNEN formuliert worden ist. Wenn ich das, was im Gesetzentwurf der GRÜNEN steht, mit dem vergleiche, was von Ihnen kommen wird, kann ich nur sagen: Copy-and-paste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen ein grundständiges neunjähriges Gymnasium inhaltlich und pädagogisch reformieren. Sie schreiben, das Gymnasium müsse sich an den aktuellen und künftigen gesellschaftlichen Entwicklungen orientieren. Das haben wir schon vorher gesagt. Ja, wir brauchen mehr Zeit für Persönlichkeitsentwicklung. Ja, die Heterogenität der Schülerschaft ist auch am Gymnasium gegeben. Sie haben sie jahrelang nicht wahrgenommen. Auch dort sind die Kinder und Jugendlichen unterschiedlich und müssen individuell gefördert werden. Ja, wir brauchen Digitalisierung. Wir brauchen mehr Zeit für politische und demokratische Bildung. Wie lange haben wir das gefordert? Jetzt

steht das bei Ihnen zumindest auf einem Papier. Wir brauchen mehr Zeit für vertieftes Lernen.

Unser Vorschlag der Verkürzung der Lernzeit lautet, dies in der 11. Klasse zu tun, also statt der 11. Klasse. Genau dieser Vorschlag hat sich durchgesetzt und wird jetzt umgesetzt. Andere Vorschläge sind wieder zurückgenommen worden. Hier hat sich also unser Realitätssinn bewährt.

Auch bei den haushälterischen Vorschlägen ist unsere Linie deutlich erkennbar. Ich habe zu Beginn des Jahres von 1.000 Lehrerstellen gesprochen, die dieses vorgeschlagene G 9 zukünftig braucht. Der Haushaltsvorsitzende Winter hat diese Zahl aufgegriffen; jetzt steht sie auch im sogenannten Bildungspaket der CSU-Fraktion. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese 1.000 Lehrerstellen werden wir brauchen, weil ein neues G 9 nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Man muss auch die Kosten für die Kommunen ansprechen. Wir haben zu Beginn des Jahres davon geredet, dass eine Milliarde für den Schulhausbau notwendig sein wird. Sie haben dann von 500 Millionen geredet. Mittlerweile redet der Städtetag von mindestens 750 Millionen. Wir werden also von der Milliarde nicht weit weg sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Erfahrung, auch als Kommunalpolitiker, ist: Schönrechnen von Projekten zahlt sich nie aus. Das bereut am Ende meistens derjenige, der zuvor schöngerechnet hatte. Deswegen gehen wir hier mit einer hohen Zahl hinein. Außerdem müssen wir ein Konsultationsverfahren mit den Kommunen durchführen, um die Kosten fair aufzuteilen. Die Kommunen sollen bei der Einführung eines neunjährigen Gymnasiums nicht den Schwarzen Peter ziehen.

Auch beim Thema der Einführung ist uns die CSU letztlich in der Sache gefolgt. Wir fordern in unserem Gesetzentwurf, dass die Fünftklässler des Schuljahres 2017/2018 die Ersten sein sollen, die das neunjährige Gymnasium absolvieren. Wie ist das von Ihrer Seite kritisiert worden! Wenn man sich nun aber Ihren Gesetzentwurf anschaut, sieht man, dass es in der Sache genau darauf hinausläuft: Die Fünftklässler des

Schuljahres 2017/2018 werden die Ersten sein, die diesen neunjährigen Weg gehen werden.

Wir schlagen auch vor, ab der 8. Klasse die Option eines zweiten Einstiegs zu bieten; denn wir sehen das Problem – und auch Sie werden es noch ganz deutlich zu sehen bekommen –, dass diejenigen, die jetzt im G 8 stecken, fragen werden: Was wird mit uns? Wie gehen wir damit um? – Sie werden diesen Schülerinnen und Schülern und vor allem deren Eltern Antworten bieten müssen. Außerdem haben Sie noch nicht das Problem gelöst, wie Sie in der Übergangsphase mit denjenigen Schulen umgehen werden, die die Mittelstufe Plus hatten.

Ich darf auch daran erinnern, dass wir schon frühzeitig gesagt und durch Gutachten belegt hatten, dass diese Mittelstufe Plus ein Rohrkrepierer ist, dass sie weder funktionieren wird noch umsetzbar ist. Sie haben das leider zu spät erkannt, und das kommt in diesem Gesetzentwurf auch nicht mehr vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf sagen: Dieser Gesetzentwurf, den wir heute hier abstimmen, schreibt in Bayern bildungspolitische Geschichte. Wie ich am Anfang gesagt habe, gehe ich davon aus, dass Sie diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen werden. Aber dieser Gesetzentwurf hat dazu geführt, dass Sie das G 9 jetzt neu einführen. Letztendlich muss ich sagen: Der bildungspolitische Realitätssinn der bayerischen GRÜNEN hat sich wieder einmal durchgesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Güll von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, man kann die Minuten gar nicht mehr zählen, die wir hier zu dem Thema verbracht haben: Wie geht es weiter mit dem bayerischen Gymnasium? Ich erinnere daran: Es ist mindestens fünf Jahre her, dass die SPD diese Forderung erhoben hat.

2014 hatten wir auch einen ersten Gesetzentwurf eingebracht. Jetzt sind wir wieder so weit, dass wir das tun müssen und tun könnten, was in dieser Sache getan werden muss: die Veränderung von G 8 hin zu G 9 ins Gesetz zu schreiben. Das ist die Aufgabe des Hohen Hauses. Das ist die Aufgabe des Parlaments. Wir haben dem Kultusminister Spaenle immer gesagt, dass wir hier eine Lösung und eine gesetzliche Änderung brauchen; denn es wird mit G 8 und einigen zusätzlichen Lernzeitmodellen nach dem Motto, G 8 und G 9 seien gleichermaßen überholt, nicht funktionieren. Überholt ist die Aussage von Kultusminister Spaenle, dass das hier nicht geregelt werden müsse. Tatsächlich müssen wir das aber im Gesetz festschreiben. Künftig wird in Artikel 9 stehen: Das bayerische Gymnasium dauert wieder von der 5. bis zur 13. Jahrgangsstufe. Das ist ein Verdienst unserer hartnäckigen Arbeit hier in diesem Hohen Hause.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich gehe, wie der Kollege Gehring, natürlich auch nicht davon aus, dass unseren beiden Gesetzentwürfen heute zugestimmt werden wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich glaube allerdings, dass Ihr Gesetzentwurf, den Sie vermutlich noch im Juli einreichen werden, dann nicht sehr viel anders aussehen wird. Denn was ist zu regeln? – Es ist der Artikel 9 Absatz 2, in dem die Zahlen stehen. Außerdem ist möglicherweise die Struktur des Gymnasiums bezüglich Unter-, Mittel- und Oberstufe zu regeln. Wie aus unserem zweiten Gesetzentwurf, der heute zur Abstimmung steht, hervorgeht, ist zu regeln, dass es in der Qualifikationsstufe wieder so etwas wie Leistungskurse geben soll. Wir haben hier den Begriff der Kultusministerkonferenz von den "zwei Fächern mit erhöhtem Anforderungsniveau" verwendet. Wir haben für die 11. Klasse ein Projektseminar, ein sogenanntes P-Seminar, vorgeschlagen. Außerdem haben wir vorgeschlagen, die Ausbildungsabschnitte wieder sauber zu trennen. Auch das findet man bei Ihnen. Deshalb wäre es umso erstaunlicher, wenn Sie unserem Gesetzentwurf nicht zustimmten. Schließlich haben auch Sie angekündigt, das regeln zu wollen.

Ich zitiere aus einem intern herumgeschickten Papier der Staatsregierung: Im Zuge einer etwaigen G-9-Einführung bietet es sich an, die Qualifikationsphase weiterzuentwickeln und unter anderem eine stärkere Profilierung unter Wahrung der Qualität der allgemeinen Hochschulreife zu ermöglichen. Die W-Seminare könnten nun zum Beispiel so mit dem grundständigen Fach verbunden werden, dass ein Vertiefungsfach nach Art der früheren Leistungskurse entsteht.

Herzlichen Glückwunsch, dass Sie das auch schon erkannt haben! Das steht bereits seit geraumer Zeit, seit Januar, in unserem Gesetzentwurf. Aber gute Dinge darf und kann man auch übernehmen. Das ist ganz legitim.

Es bleibt also festzuhalten, dass wir die Dinge, die jetzt zu regeln sind, bereits regeln. Hierin unterscheiden sich die Gesetzentwürfe der GRÜNEN und der SPD kaum voneinander. Zwar regelt unser Gesetzentwurf die Oberstufe etwas genauer, während der Gesetzentwurf der GRÜNEN hier offener bleibt; trotzdem werden wir dem Gesetzentwurf der GRÜNEN natürlich zustimmen.

Das ist jene Komponente der Gesetzesanpassung, die erst einmal hier im Hohen Hause beschlossen werden muss. Wenn es um die Ausrichtung des neuen Gymnasiums geht, ist das aber natürlich noch nicht alles. Hier muss an den Inhalten gearbeitet werden. Das ist aber klassischerweise nicht Aufgabe des Parlaments, das die Gesetze macht, sondern Aufgabe des ISB und der Staatsregierung. Ich glaube dennoch, dass wir hier darüber reden müssen. Im Moment haben wir nicht viel mehr als den Rohbau. Wie das künftige Gymnasium aussehen wird, wissen wir noch nicht genau. Ich denke aber, dass man darüber heute einige Worte verlieren muss.

Ich glaube, dass auch hier die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER und die SPD genügend Vorschläge gemacht haben, wie wir uns ein modernes und zukunftsweisendes Gymnasium vorstellen. Als SPD haben wir ganz deutlich gesagt: Wir wollen für dieses Gymnasium eine Gesamtkonzeption. Wir wollen uns alle Stufen, von der Unterstufe bis zur Oberstufe, noch einmal genau anschauen. Wir wollen uns auch die Inhalte, die

Fächer und die Methoden anschauen. Schließlich hat jede dieser Stufen für die Entwicklung junger Menschen eine je eigene, besondere Bedeutung. Wir müssen uns also anschauen, ob das, was wir in der gymnasialen Unterstufe derzeit anbieten, zur Entwicklungsstufe der Kinder passt.

Als Beispiel möchte ich die Frage anführen, ob es wirklich richtig ist, den Unterricht in der zweiten Fremdsprache bereits in der sechsten Jahrgangsstufe beginnen zu lassen. Es spricht einiges dafür, in dieser Phase des Ankommens etwas langsamer voranzugehen. Der Beginn des Unterrichts in der zweiten Fremdsprache sollte vielleicht doch wieder in die siebte Jahrgangsstufe gelegt werden. Das sind Punkte, die ich nicht entscheiden möchte. Darüber sollen Fachleute entscheiden. Aber wir müssen darüber sprechen.

Wir Bildungspolitiker erhalten fast täglich Briefe über noch vorhandene Begehrlichkeiten. Ich erinnere mich an einen Brief eines Schulleiters, der ein Fach "Praktische Ernährungskunde" für die Unterstufe anregen wollte. Die Kinder könnten sich nun mit diesen Themen auseinandersetzen. Das ist und kann durchaus eine Aufgabe des Gymnasiums sein. Darüber kann und muss nachgedacht werden.

Ein Kardinalfehler des G 8 war es, Stoffgebiete und Themen in die Mittelstufe zu legen, die dort nicht richtig verortet gewesen sind. Ein Stichwort ist hier die Pubertät. Wir sollten darauf achten, welche Themen in dieser doch etwas schwierigen Altersstufe tatsächlich behandelt werden können und müssen. Unsere Prämisse sollte sein, den mittleren Schulabschluss als Standard zu erreichen. Das ist die Zielsetzung. Wir brauchen eine Grundlage für die Oberstufe. Es kann sicherlich noch einmal überdacht werden, welche Themen in dieser Stufe sinnvollerweise behandelt werden können.

Ein Herzstück, ich finde sogar, *das* Herzstück des Gymnasiums, muss die Oberstufe sein. Das Gymnasium ist nämlich die Schulart, die zum Abitur führt und damit zur Hochschulreife. Die Oberstufe ist die Vorbereitung auf das Studium. Ich möchte an dieser Stelle den scheidenden Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes zitieren.

Ich mache das ja äußerst selten. Dieser hat vor ein paar Tagen in einem Interview mit einer Zeitung Folgendes gesagt: Ich halte es für falsch, dass man ausgerechnet die 11. Klasse für die schnelleren Gymnasiasten zum Überspringen anbietet. Damit wird diese 11. Klasse für die anderen eine Erholungsklasse, und wir haben wieder keine dreijährige Oberstufe aus einem Guss; und das in einer Phase, in der die propädeutische Arbeit, also die auf wissenschaftliches Arbeiten vorbereitende Phase, beginnen soll.

Ich unterstreiche diese Aussage. Josef Kraus hat in diesem Fall recht. Wir müssen darüber wirklich noch einmal reden. Natürlich kann man auch in der 11. Klasse eine Verkürzung machen. Ich denke, wir müssen noch einmal genau hinschauen, wo die Verkürzung des Gymnasiums tatsächlich stattfinden kann. Es kann nicht sein, dass die neuen Inhalte in die 11. Klasse kommen und diejenigen, die das Gymnasium verkürzen, davon nichts haben. Das ist der falsche Ansatz. Deshalb lassen Sie uns auch die elfte Jahrgangsstufe als Bestandteil der Oberstufe insgesamt betrachten. Lassen Sie uns darauf genauer schauen.

Wir sind uns in diesem Hause einig darüber, dass es keinen Sinn macht, das Leistungsniveau am Gymnasium zu senken. Das will niemand. Die SPD will das auch nicht. Wir wollen, dass die Qualität des Gymnasiums in jedem Fall erhalten bleibt. Das muss ein Markenzeichen dieser Schulart sein. Es geht nicht darum, das Gymnasium durch die Verlängerung der Schulzeit leichter zu machen. Aber das Gymnasium muss für die jungen Menschen, die es besuchen, passgenau gestaltet werden.

Ich möchte deutlich darauf hinweisen, dass wir uns an dieser Stelle Gedanken machen müssen, was mit den großen Herausforderungen durch die verschiedenen Themen passieren soll. Jeder redet von politischer Bildung. Diese ist unbestritten notwendig. Jeder redet von digitaler Bildung. Diese ist unbestritten notwendig. Jeder redet von Medienkompetenz. Diese ist unbestritten notwendig. Aber wo ist der richtige Ort dafür? Wo setzt man diese Themen wie ein? Mit welcher Methode an welcher Stelle und mit welchem Zeitaufwand werden die Themen behandelt? Hier reicht nicht nur die

Forderung nach einer zusätzlichen Stunde Sozialkunde. Wir müssen uns genau überlegen, wie wir die Stundentafel stricken, damit wir diese Ansprüche zur richtigen Zeit erfüllen. Politische Bildung kann man in der fünften Jahrgangsstufe und muss man in der fünften Jahrgangsstufe beginnen. Die digitale Bildung muss man in der fünften Jahrgangsstufe beginnen und kann man nicht in die elfte Jahrgangsstufe verschieben. Es muss überlegt werden, wie diese Themen im Gymnasium untergebracht werden können. Es lohnt sich durchaus, die vielen Anregungen der Verbände, der Lehrkräfte, der Eltern und auch der Schüler genauer anzuschauen und jetzt die Diskussion zu führen, welche Inhalte das Gymnasium in welcher Jahrgangsstufe haben soll. Wir brauchen einen Konsens, damit das, was zum Schluss rauskommt, eine tragfähige Basis ist.

Zum Schluss möchte ich noch einige Schlagwörter anführen. Der Kollege Gehring hat dies bereits angesprochen: Es ist darauf zu achten, dass die Finanzierung vernünftig geregelt wird. Hierzu höre ich schon wieder aus Ihren Kreisen, dass sich die Kommunen "bereichern" und Geld "abzocken" wollten. Nein! Das Konsultationsverfahren soll fair und offen gestaltet werden. Das Konnexitätsprinzip soll umgesetzt werden. Es geht auch darum, die Lehrkräfte zur richtigen Zeit vorzuhalten. Das wird eine teure Geschichte werden. Wir müssen aber natürlich jetzt schon beginnen, die Lehrkräfte einzustellen, damit wir dann die besten für diese Aufgabe haben.

Zum Schluss möchte ich noch Folgendes sagen: Wir müssen über ganz spezielle Themengebiete nachdenken. Das Thema Inklusion wird auch für das Gymnasium eine große Rolle spielen. Die Frage wird sein, wie wir künftig mit der Inklusion am Gymnasium umgehen. Dieses Thema war bereits gestern in der Forsa-Umfrage wichtig. Dazu gibt es noch keine vernünftige Antwort.

Ich möchte auch das Thema Ganztage nicht aussparen. Sie werden sehen, dass die neun Jahre am Gymnasium mit weniger Nachmittagsunterricht zu einer anderen Nachfrage und Notwendigkeit von Ganztagsangeboten führen werden. Es muss darüber nachgedacht werden, wie sich das Gymnasium hier gut aufstellen kann.

Lassen Sie mich zum Schluss noch die Hoffnung äußern, dass Sie diesem Gesetzentwurf zustimmen. Es könnte ja sein, dass Sie doch noch zu dieser Erkenntnis kommen. Uns würde es freuen. Notwendig ist der Gesetzentwurf allemal. Ohne diese Gesetzesänderung wird es auf keinen Fall ein G 9 in Bayern geben können. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Lederer von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis zur Bundestagswahl sind es weniger als vier Wochen.

(Allgemeiner Widerspruch – Kerstin Celina (GRÜNE): Was?)

– Entschuldigung. Es sind weniger als vier Monate. Danke. – Viele Parteien haben die Eckpunkte ihres Wahlprogramms kundgetan und haben darin das Thema Bildung entdeckt. Alle Parteien räumen der Bildung einen besonders hohen Stellenwert ein. Das freut uns alle als Bildungspolitiker. Oberflächliche Betrachter könnten meinen, dass alle Parteien in puncto Bildung dasselbe wollen, nämlich eine qualitativ möglichst hochwertige Bildung. Aber die einzelnen Parteien haben unterschiedliche Auffassungen darüber, was qualitativ hochwertige Bildung ist. Die einen empfinden das Bildungssystem als gut, wenn man eine relativ hohe Abiturientenquote hat. Andere wiederum sind der Auffassung, dass eine hohe Bildungsqualität erreicht werden kann, wenn sehr viel Geld in das Bildungssystem investiert wird. Vor diesem Hintergrund bin ich eigentlich froh, dass Bildung Ländersache ist. Ich hoffe, dass das auch zukünftig so bleibt.

Für mich ist neben sehr gut ausgebildeten Lehrern, einem zukunftsorientierten Lehrplan und einer am Schüler ausgerichteten Pädagogik vor allem das differenzierte und durchlässige Schulsystem ein Markenzeichen der hohen Bildungsqualität in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Das Bildungspaket, das die CSU-Fraktion und die Staatsregierung ins Rollen gebracht haben, ist nach meinem Wissen bundesweit einmalig.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Weltweit!)

Mit diesem Bildungspaket stärken wir den Bildungsstandort Bayern.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wahnsinn!)

Ein Teil des Bildungspakets ist das neue bayerische Gymnasium. Das wird nach einem intensiven Bildungsdialog nun auf den Weg gebracht. Das neue bayerische Gymnasium wird in der Fachwelt sehr positiv aufgenommen. Im Gegensatz dazu stehen heute die zwei Gesetzentwürfe vonseiten der SPD und der GRÜNEN, die man aus meiner Sicht nur mit dem Motto "Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht" überschreiben kann.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Kollege Güll, Sie haben vorher gesagt, wir ändern jetzt das Gesetz und dann müssen sich die Fachleute intensiv einbringen und die Details ausarbeiten. – Vielleicht wäre es in diesem Fall sinnvoll gewesen, die Fachleute vorher einzubinden.

(Zuruf von der SPD: Das sagt der Richtige!)

Die Gesetzentwürfe enthalten nämlich meines Erachtens grobe handwerkliche Fehler, die eigentlich nicht hätten passieren dürfen.

(Margit Wild (SPD): Lenkt nicht von euren Fehlern ab! – Weitere Zurufe von der SPD)

Lieber Kollege Gehring, wir haben hier im Plenum und im Ausschuss diskutiert. Natürlich hat sich die CSU dieser Diskussion gestellt. Wir weisen während dieser Diskussion auf diese Fehler hin, und Sie werden in Gesprächen mit Fachleuten auf diese

Fehler hingewiesen. Daher verstehe ich nicht, weshalb Sie dieses Gesetzgebungsverfahren nicht dazu genutzt haben, Änderungsanträge einzubringen, um diese Fehler zu korrigieren. Das haben Sie nicht gemacht.

(Zuruf von der CSU: Richtig! – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wieso machen Sie das dann nicht? Was ist mit Ihren Fehlern?)

Deswegen können wir Ihren Gesetzentwürfen nicht zustimmen. Mir bleibt nicht erspart, diese Fehler auch heute klar zu benennen, um zu dokumentieren, weshalb es nicht damit getan ist, einfach in das Gesetz reinzuschreiben: Das Gymnasium umfasst die Jahrgangsstufen fünf bis dreizehn. – Damit ist nicht alles erledigt, sondern es steckt mehr dahinter.

Gehen wir zum Gesetzentwurf der GRÜNEN zum "G 9 neu". Sie wollen in Ihrem Gesetzentwurf erstens dieses "G 9 neu" gleichzeitig in der Jahrgangsstufe fünf und in der Jahrgangsstufe acht einführen. Das heißt, Sie müssen eine Stundentafel, einen Lehrplan und die entsprechenden Lehrmaterialien für ein Gymnasium entwickeln, das die Jahrgangsstufen fünf bis dreizehn umfasst, und gleichzeitig eine Stundentafel, einen Lehrplan und das entsprechende Lehrmaterial für ein Gymnasium, das die Jahrgangsstufen acht mit dreizehn umfasst; denn Sie wollen es ja gleichzeitig in der fünften und in der achten Jahrgangsstufe einführen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Das werden nur drei Schülerjahrgänge sein; denn dann wächst das Gymnasium von unten her an. Diese drei Schülerjahrgänge wachsen dann wie eine Baumscheibe durch das Gymnasium hindurch. Es wird wohl so sein, dass es für diese drei Jahrgänge keine Lehrmaterialien geben wird, weil es sich nicht rentiert, nur für drei Jahrgänge Lehrmaterialien zu entwickeln. Diese drei Jahrgänge haben dann einfach Pech. Deswegen werde ich sie im weiteren Verlauf "Pechvogeljahrgänge" nennen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Oh Mann!)

Das muss man sich praktisch vorstellen: Wenn dieses Gymnasium, das G 9 der GRÜNEN, eingeführt wird, dann unterrichten wir in der fünften Jahrgangsstufe nach der Stundentafel des neunjährigen Gymnasiums, in der sechsten und siebten Jahrgangsstufe nach der Stundentafel und dem Lehrplan des G 8,

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das wird doch bei Ihnen auch so sein!)

in der achten Jahrgangsstufe den Pechvogeljahrgang und in den Jahrgangsstufen neun bis dreizehn wieder G 8.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Aber wie schaut es denn bei euch aus?)

Das möchten Sie an jedem Gymnasium umsetzen. Ich wünsche nicht nur den Lehrern, sondern auch den Schülern und Eltern sehr viel Spaß dabei.

Das Zweite ist die Frage, wann dieses "G 9 neu" eingeführt werden soll. Das Inkrafttreten ist zum 01.08.2017 vorgesehen, also in rund zwei Monaten. Wann soll es umgesetzt werden? Wann wird es an den Gymnasien eingeführt? – In dreieinhalb Monaten, nämlich Mitte September. Bis dahin muss nicht nur die Gymnasialschulordnung – GSO – geändert werden, sondern es müssen auch zwei Stundentafeln entwickelt werden und zwei Lehrpläne gemacht werden. Die Lehrer sollen in diese Lehrpläne eingewiesen werden, damit sie in dreieinhalb Monaten entsprechend unterrichten können.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Schulbuchverlage innerhalb von dreieinhalb Monaten die entsprechenden Schulbücher auf den Markt bringen werden, geschweige denn, dass die Kommunen überhaupt die Möglichkeit hätten, diese zu erwerben. Die Vorlaufzeit von zwei bzw. dreieinhalb Monaten ist viel zu kurz. Herr Kollege Gehring, ich sage Ihnen das eine: Wer diesem Gesetzentwurf heute zustimmt, hat aus meiner Sicht das moralische Recht verloren, die Einführung des G 8 noch zu kritisieren. Das muss ich Ihnen ganz offen sagen.

(Beifall bei der CSU)

Ein dritter Punkt: Der mittlere Schulabschluss soll nach dem Gesetzentwurf nach der zehnten Jahrgangsstufe erreicht werden. Die SPD hat wenigstens hineingeschrieben, dass dies nach erfolgreichem Besuch der zehnten Jahrgangsstufe der Fall sein soll. Sie haben einfach gesagt, dass dieser Abschluss nach der zehnten Jahrgangsstufe erreicht wird.

Jetzt schauen wir uns diesen Pechvogeljahrgang an. Dieser hat in der fünften, sechsten und siebten Jahrgangsstufe das G 8, in der achten, neunten und zehnten Jahrgangsstufe Ihren neuen Lehrplan. Trotzdem soll dieser Jahrgang die KMK-Bestimmungen für die mittlere Reife nach der zehnten Klasse erfüllen. Wir haben es bei der Mittelstufe Plus nicht geschafft. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie uns vorstellen, wie Sie hier die KMK-Bestimmungen erfüllen. Das war wohl der Grund, weshalb die SPD zumindest im Ausschuss nicht zugestimmt hat, Herr Kollege Güll, und auch die FREIEN WÄHLER nicht. Sie von den GRÜNEN waren die Einzigen, die den Gesetzentwurf positiv begleitet haben.

Nun komme ich zum Gesetzentwurf der SPD zum neunjährigen Gymnasium in Bayern. Meine Damen und Herren, wenn man tiefgreifende Eingriffe in die Gymnasialstruktur macht, hat das natürlich erhebliche Auswirkungen. Beachtet man dies nicht, dann kann es passieren, dass man Vorgaben macht, die sich gegenseitig ausschließen. Zum Beispiel wurde die Pflichtwochenstundenzahl vonseiten der SPD auf 270 Wochenstunden festgelegt. Im G 8 haben wir 265 Wochenstunden, hier hätten wir 270. Wir bekommen 12,5 % mehr an Jahren, aber nicht einmal 2 % mehr an tatsächlich unterrichteten Stunden. Ob das der große Qualitätssprung ist, Herr Güll, den Sie vorher angepriesen haben, wage ich zu bezweifeln; denn durchschnittlich haben die einzelnen Klassen rund 30 Wochenstunden. Das sind weniger Stunden, als die Schüler an der Mittelschule haben. Gleichzeitig möchten Sie aber die Erhöhung der Wochenstundenzahl in den Kernfächern, die Beibehaltung der Intensivierungsstunden,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

die Stärkung der politischen Bildung, mehr Lernzeit, verstärkte Allgemeinbildung, mehr Entschleunigung und verstärkte Persönlichkeitsbildung. Das alles wollen Sie mit ganzen fünf Wochenstunden mehr.

(Michael Hofmann (CSU): Zauberer!)

Wer sich jemals mit dem Thema Stundentafel beschäftigt hat, wird Ihnen bestätigen, dass das bei bestem Willen nicht realisierbar ist. Deswegen ist dieser Gesetzentwurf eine Mogelpackung. Wer dennoch daran festhält, lügt sich aus meiner Sicht in die eigene Tasche.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben weiter festgelegt, dass in jeder Stufe – Ober-, Mittel- und Unterstufe – 90 Wochenstunden unterrichtet werden. Das heißt, dass auch in der Oberstufe 90 Wochenstunden unterrichtet werden.

(Martin Güll (SPD): In der Regel!)

– Das ist nicht die Regel. Das steht in Ihrem Gesetzestext drin.

(Martin Güll (SPD): Das steht nicht im Gesetz!)

90 Wochenstunden für drei Schuljahre, das heißt, durchschnittlich 30 Wochenstunden je Schuljahr. Das ist der Umfang, in dem auch die vierte Jahrgangsstufe an der Grundschule Unterricht hat. Damit reduzieren Sie automatisch die bestehende Belegungsverpflichtung in der Qualifikationsphase. Wir haben aber KMK-Bestimmungen, die erfüllt werden müssen. Das heißt, dank der Festlegung des Umfangs der Stundenzahl in der Oberstufe, nämlich deutlich niedriger als jetzt, nehmen Sie automatisch in Kauf, dass wir eine Reduzierung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächerbelegung in der Qualifikationsphase haben. Gleichzeitig machen Sie aber die Vorgabe, die politische Bildung zu stärken. Das ist ein Widerspruch. Darüber hinaus sagen Sie, dass Sie in

der Q-Phase zwei Leistungskurse einführen wollen. Das geht leider nicht zusammen. Das sind Vorgaben, die nicht kompatibel sind.

Darüber hinaus machen Sie in Ihrem Gesetzentwurf keinerlei Aussagen zur Mittelstufe Plus, obwohl Sie das von uns bis vor Kurzem noch vehement verlangt haben.

Herr Kollege Gehring, Sie haben die Kosten angesprochen. Angeblich haben Sie etwas von einer Milliarde Euro gesagt. Die CSU ist bei einem mittleren dreistelligen Millionenbetrag. Aber in Ihrem Gesetzentwurf stehen allein für die Kosten der Konnektivität nicht eine Milliarde Euro, sondern 1,5 Milliarden Euro.

(Dr. Thomas Goppel (CSU): Typisch!)

Das ist die Hälfte mehr, als Sie uns vorher in Ihrer Rede – ich hätte fast gesagt: untergejubelt haben – hier an diesem Tisch gesagt haben. Eine halbe Milliarde Euro ist sehr viel Geld. Deshalb würde ich sagen: Bleiben wir doch bei den Fakten. Bleiben wir bei den Zahlen, die Sie in Ihren Entwürfen genannt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich richtig zusammengezählt habe, haben wir in den letzten Jahren zehn verschiedene Vorschläge zur Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums vonseiten der Oppositionsfraktionen bekommen und darüber diskutiert. Deswegen mein Rat: nicht Masse statt Klasse, sondern Qualität vor Quantität!

(Beifall bei der CSU)

Aus diesem Grund können wir beide Gesetzentwürfe nicht mittragen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Lederer, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Kollege Gehring hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Lederer, das moralische Recht, wer was kritisieren darf, würde ich ein bisschen tiefer hängen.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Thomas Goppel (CSU))

Wir reden nicht über moralische Rechte, wenn wir über das G 8 und das G 9 reden. Wir reden über unterschiedliche Konzepte. Dass das G 8 schiefgelaufen ist, haben Sie letztlich selber einsehen müssen. Ich will aber gar nicht mehr über die Vergangenheit reden. Ich will über unseren Gesetzentwurf sprechen.

Wir reden über die Einführung des G 9 für die Schülerinnen und Schüler, die im kommenden Schuljahr in die 5. Klasse kommen. Wir haben einen unterschiedlichen Zeitraum für das Inkrafttreten des Gesetzes. Faktisch sind aber die Schülerinnen und Schüler, die im kommenden Schuljahr in die 5. Klasse kommen, die ersten G-9-Schüler. Das ist nach unserem Gesetzentwurf so, und soviel ich weiß, wird es nach Ihrem Gesetzentwurf genauso sein. Nach Ihrem Gesetzentwurf werden die Schüler in der 5. Klasse faktisch noch G-8-Schüler und ab der 6. Klasse G-9-Schüler sein. In der pädagogischen Arbeit gibt es keinen Unterschied gegenüber unserem Gesetzentwurf. In der 5. Klasse wird sich zunächst nicht sehr viel ändern. Erst ab der 6. Klasse werden mit dem neuen Lehrplan die neuen Konzepte entwickelt und die entsprechenden Unterrichtsmaterialien vorbereitet, sodass mit dem Aufwachsen dieses Schülerjahrgangs die erforderlichen Materialien geliefert werden. Wir brauchen für die jetzigen Fünftklässler im nächsten Jahr noch nicht die Materialien für die 7., die 8. oder die 9. Klasse dieses Schülerjahrgangs zu haben. Das muss aufgebaut werden, und das wird nach unserem Gesetzentwurf nicht anders sein als nach Ihrem. Wir machen es gesetzestechnisch anders, aber faktisch ist es das Gleiche.

Die Ansage an die Schülerinnen und Schüler der 5. Klasse des kommenden Schuljahrs lautet: Ihr seid die ersten G-9-Schüler. Das haben die Eltern gefordert. Es wäre gut gewesen, das den Eltern schon im März bei den Anmeldungen und den Informationsveranstaltungen an den Schulen zu sagen. Wir hätten es ihnen gesagt, Sie haben es ihnen nicht gesagt. Das wäre besser gewesen, faktisch ist es aber das Gleiche.

Das Zweite, die 8. Klasse – –

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, darf ich Sie an die zwei Minuten erinnern?

Thomas Gehring (GRÜNE): Ich will nur sagen: Auch das ist zu schaffen. Achtklässler, die im G 8 nach der 10. Klasse die Mittlere Reife haben, hätten dann noch drei Jahre Zeit bis zum Abitur. Sie bauen einen Popanz auf. Aber ich sehe, Sie haben sich sehr mit dem Thema beschäftigt. Ich gehe davon aus, dass Sie in der Auseinandersetzung mit unseren Gesetzentwürfen sehr viel gelernt haben. Ich bin gespannt, wie diese Lernerfahrung bei Ihrem Gesetzentwurf zum Tragen kommt.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat Kollege Lederer das Wort. Bitte schön.

Otto Lederer (CSU): Herr Kollege Gehring, zum einen möchte ich ganz klar feststellen, dass das G 8 nicht gescheitert ist.

(Florian von Brunn (SPD): Nein, die Staatsregierung ist gescheitert!)

Sie waren doch selbst bei den Anhörungen in den Jahren 2012 und 2014 dabei. Ich muss doch nicht wiederholen, dass 2012 im Bildungsausschuss – Sie waren damals dabei, ich nicht – ganz klar festgestellt wurde, das G 8 sei nicht totgelaufen. Im Gegenteil, es wurde akzeptiert.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Warum haben Sie es jetzt geändert?)

Dass der Rahmen des achtjährigen Gymnasiums für die Weiterentwicklung, für das, was wir in Zukunft machen wollen, sehr eingeschränkte Möglichkeiten bietet, während ein neunjähriges Gymnasium weitere Möglichkeiten bietet, darin sind wir uns ganz einig.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Hoffentlich glauben Sie auch daran!)

Herr Kollege Gehring, auf die Frage, ob ich in der Auseinandersetzung mit Ihrem Gesetzentwurf sehr viel gelernt habe, kann ich Ihnen eine Antwort geben. Das, was Sie

gerade alles gesagt haben, kann ich nicht beurteilen. Ob Sie eine ähnliche Stundentafel entworfen haben wie das, was wir geplant haben, weiß ich nicht; denn ich habe von Ihnen noch kein einziges Wort über eine Stundentafel oder einen Lehrplan gehört; überhaupt noch nichts habe ich davon gehört.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Wir von Ihnen auch nicht!)

Das ist eben der große Unterschied zwischen dem, was wir, die CSU, gemacht haben, und dem, was Sie als Oppositionspartei gemacht haben. Sie haben es sich sehr einfach gemacht und ein Gesetz in die Wege geleitet, in dem neun Jahre als Lernzeit festgelegt werden. Dazu, wie diese neun Jahre ausgefüllt werden sollen, welche Stundentafel dahintersteckt und welche Gedanken Sie sich über den Lehrplan gemacht haben, haben wir gar nichts gehört, auch nicht in der Diskussion im Ausschuss. Deswegen konnte ich leider sehr wenig lernen, weil zu diesen Fragen nichts vorhanden war.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Lederer. – Als Nächster hat Herr Prof. Dr. Piazolo von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die gute Nachricht, die wir schon seit einer ganzen Weile hören, lautet, dass das neunjährige Gymnasium in Bayern wieder kommt. Das hat bei der CSU lange, zu lange gedauert. Ich will ein bisschen zurückblättern. Wir FREIE WÄHLER hatten schon im Oktober 2013 einen recht schmalen Gesetzentwurf eingereicht, aber der von der CSU wird wahrscheinlich auch nicht sehr dick sein. In diesem Gesetzentwurf werden auch keine Stundentafeln stehen.

Bei diesem Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER ging es darum, das neunjährige Gymnasium in Bayern wieder einzuführen. Damals, vor dreieinhalb Jahren, hat die Kollegin von der CSU, Frau Kerstin Schreyer-Stäblein, Folgendes gesagt:

Aus unserer Sicht hat sich das Gymnasium so, wie es jetzt läuft, bewährt.

Das kann man aus der Sicht der CSU so sagen. Jetzt kommt es:

Die Idee eines neuen G 9 ist überholt. Das ist keine Weiterentwicklung, sondern an dieser Stelle ein Rückschritt.

Das war die Aussage der CSU im Jahr 2013. Genau diese Idee hat die CSU aber heute. Dreieinhalb Jahr später folgen Sie dieser damals von den FREIEN WÄHLERN vorgebrachten Idee. Damals folgten Sie dieser Idee nicht, weil sie überholt war. Was vor dreieinhalb Jahren überholt war, machen Sie jetzt. Das erklären Sie einmal den Leuten! Genau das ist das Problem. Heute haben Sie zu erklären, warum Sie das G 9 unter Herrn Stoiber abgeschafft haben, warum Sie dann die ganzen Jahre über das G 8 für toll befanden und warum Sie es jetzt wieder abschaffen und das G 9, das Sie jahrelang verteufelt haben, wieder einführen. Das G 8 ist nun einmal nicht leicht zu erklären. Genau deshalb haben Sie sich mit dem Wechsel so schwergetan. Das verstehe ich auch. Wenn Sie aber jetzt sagen, Sie hätten alles so toll gefunden, das alte G 9 sei toll gewesen, das G 8 sei toll gewesen und das neue G 9 sei toll, dann glauben es Ihnen die Menschen im Lande nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ist Folgende: Nach dem Stoiber'schen Bildungskahlschlag von damals ist jetzt langsam die Aufforstung wieder gelungen. Ich zähle es noch einmal auf: Das Büchergeld wurde abgeschafft, inzwischen ist es wieder eingeführt. Die Studiengebühren wurden damals eingeführt, vor einiger Zeit wurden sie wieder abgeschafft. Damals wurde von Stoiber auch das G 8 eingeführt, jetzt wird es wieder abgeschafft. Nach diesem enormen Kahlschlag in der

Bildungspolitik haben Sie jetzt über zehn Jahre gebraucht, um wieder sorgfältig ein paar Pflänzchen wachsen zu lassen. Sich dafür aber auch noch loben lassen zu wollen, schlägt dem Fass den Boden aus, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich will jetzt zu den Gesetzentwürfen kommen. Wir werden genauso abstimmen, wie wir es im Ausschuss getan haben. Wir werden uns beim Gesetzentwurf der GRÜNEN enthalten und dem Gesetzentwurf der SPD zustimmen. Wir werden dem Entwurf der SPD nicht deshalb zustimmen, weil uns daran jede Einzelheit gefällt oder weil jede Einzelheit perfekt ist. Wir wollen mit unserer Zustimmung aber ein Zeichen setzen, wir wollen deutlich machen, dass die verschiedenen Fraktionen der Opposition – Kollege Lederer hat es zu Recht gesagt – schon zehn Initiativen ergriffen haben. Ich will gar nicht sagen, dass alle zehn Initiativen perfekt waren. Es hat aber zehn Initiativen gebraucht, bis auch die CSU endlich eingesehen hat: Ja, wir brauchen ein neues G 9. Da waren alle anderen schneller: Der Philologenverband war schneller; der BLLV war schneller; der Realschullehrerverband war sogar einverstanden. Die Eltern waren einverstanden, sogar die Schulleiter waren davon überzeugt, obwohl das nicht immer diejenigen sind, die gleich nach Neuerungen schreien.

Worum geht es jetzt? – Ich glaube, darin sind wir uns einig. Es geht nicht nur um einen neuen Gesetzentwurf, sondern es geht – und hier stimme ich wieder Herrn Kollegen Lederer zu –, um die Fragen der Ausgestaltung. Einer der Punkte, die hier anzusprechen sind, ist die Gerechtigkeit. Das Fallbeil fällt jetzt, und diejenigen, die jetzt in der 4. Klasse sind, dürfen das neunjährige Gymnasium machen. Die aber, die jetzt in der 5. Klasse sind – und hier verwende ich den Ausdruck, den Sie hier gerade auch verwendet haben, Herr Lederer –, diejenigen also, die jetzt in der 5., 6., 7. oder auch 8. Klasse sind, befinden sich in den Pechvogelklassen. Das sind jetzt die Pechvogelklassen, weil sie nicht mehr – –

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Die haben sich dafür angemeldet und wussten, was auf sie zukommt!)

– Das ist ein einfaches Argument, Frau Kollegin. Man kann nicht einfach sagen, sie haben sich angemeldet, sie wussten es. Die konnten doch gar nichts anderes nehmen!

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Aber sie wollten es!)

– Nein, sie mussten das nehmen, weil es in Bayern nur die eine Form des Gymnasiums gibt. Deshalb haben sich die Schüler angemeldet. Nun aber weigert sich die CSU, darüber nachzudenken, wie man diesen Klassenstufen auch ein neunjähriges Gymnasium, in welcher Form auch immer, ermöglichen kann. Diese Bedenken hatten Sie übrigens damals bei der Einführung des G 8 nicht, Frau Kollegin. Damals hat Herr Stoiber gesagt: Wir nehmen sowohl die 5. als auch die 6. Klasse. – Die hatten sich damals aber sehr wohl für etwas anderes angemeldet, nämlich für das neunjährige Gymnasium. Da gab es aber anscheinend keine Bedenken bei der CSU zu sagen: Die haben sich dafür angemeldet, wir bieten ihnen trotzdem etwas anderes. Jetzt aber wird die Argumentation umgedreht. Ich glaube, es ist nicht sehr ehrlich, so zu argumentieren. Wir müssen uns schon überlegen, was wir für die Schüler tun, die jetzt in der 5., 6., 7. oder 8. Klasse sind, um den Übergang abzufedern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER haben deshalb eine Petition gestartet. Es ist kein Wunder, dass sich in diese Petition Tausende eingetragen haben. Die Menschen draußen im Lande sagen nämlich: Das ist ungerecht. Wir haben jahrelang dafür gekämpft, wir haben als Eltern zwei Volksbegehren mit initiiert und gestartet, und nun, nur weil die CSU so langsam ist, weil sie nicht in die Gänge gekommen ist, müssen unsere Kinder leiden.

(Petra Guttenberger (CSU): Warum sind Sie dann nicht erfolgreich gewesen, Herr Kollege?)

– Beide Volksbegehren waren natürlich erfolgreich, weil die CSU – –

(Petra Guttenberger (CSU): Das stimmt doch nicht!)

Weil die CSU dann eingesehen hat – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Nein, Sie müssen schon sehen, was Erfolg heißt.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Jetzt hat er Realitätsverluste!)

Erfolg heißt, wie früher schon Helmut – –

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Erfolgreich wie die FREIEN WÄHLER?)

– Erfolgreich wie die FREIEN WÄHLER, das unterschreibe ich natürlich, Frau Kollegin.
Ich bitte sogar, diesen Zuruf ins Protokoll aufzunehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bedanke mich dafür. Danke schön!

(Josef Zellmeier (CSU): Das war doch eine rhetorische Frage!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns ist Folgendes wichtig: Wir müssen etwas für die Schülerinnen und Schüler tun, die jetzt auf dem Gymnasium sind, damit sie die Chance einer längeren Lernzeit haben. Wir müssen – und das ist schon angesprochen worden – etwas tun, um die digitale Bildung zu stärken. Auch hier ist etwas in Ihrem Bildungspaket geschehen. Ich bin, das sage ich ganz offen, Ihrer Meinung, dass – und das unterstütze ich – auch etwas für die anderen Schularten getan werden musste. Aus meiner Sicht ist es noch zu wenig, aber immerhin.

Wenn wir zusammenfassen, dann muss man konstatieren, dass die CSU eine enorme Unruhe in die Schullandschaft gebracht hat, eine enorme Unruhe! Über zehn Jahre lang hat uns das Gymnasium beschäftigt, gerade aber in der vergangenen und in die-

ser Legislaturperiode. Insofern gibt es eine Bringschuld. Allerdings haben Sie nachgebessert, das muss man klar sagen. Ich begrüße es, dass es jetzt wieder ein neunjähriges Gymnasium gibt. Der Zeitplan wurde aber nicht eingehalten, es wurde sehr viel Porzellan zerschlagen. Auch aus diesem Grund rufe ich die Kollegen der CSU dazu auf, sich noch einmal zu überlegen, ob es für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die jetzt schon auf dem Gymnasium sind, insbesondere in der 5. Klasse, vielleicht doch Möglichkeiten gibt, eine verlängerte Schulzeit anzubieten. Gerade in der Mittelstufe oder der Oberstufe könnten Entzerrungen vorgenommen werden. Denken Sie doch noch einmal darüber nach. Sie befinden sich doch in einer Phase des Nachdenkens und des Überlegens. Dem Redebeitrag von Herrn Kollegen Lederer habe ich entnommen, dass das sehr ernsthaft und gründlich gemacht wird. Insofern kann man solche Überlegungen auch mit einspeisen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat noch Frau Kollegen Claudia Stamm das Wort für bis zu drei Minuten. Bitte schön, Frau Kollegin.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich vor acht Jahren in den Landtag nachgerückt bin, wollte ich unbedingt in den Bildungsausschuss. Das war mein Lieblingsausschuss. Ich habe gesagt, da möchte ich hinein. Ich bin dann aber für die GRÜNEN-Fraktion in den Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten gegangen. Ehrlich gesagt bin ich darüber froh, ich bin sogar wirklich dankbar; denn wie oft hätte ich den Ausschuss genervt mit Vorwürfen wie diesen: Wie viel Unterricht fällt bei meiner Tochter wieder aus? Muss es wirklich so wenig Sport sein? – Als Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern hätte man es kaum geschafft, in diesem Ausschuss abstrakt zu sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht aber gerade nicht um die eigenen Kinder, auch nicht um die Kinder des Nachbarn oder der Nachbarin. In der Politik geht es vielmehr darum, Visionen zu entwickeln und gute Rahmenbedingungen für den Einzelnen in Bayern oder für ganz Bayern zu schaffen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es gut, dass Bayern endlich zum G 9 zurückkehrt. Sehr geehrte Staatsregierung, sehr geehrter Herr Staatssekretär Sibler, machen Sie es aber bitte endlich gescheit. Bitte setzen Sie nicht einfach eine Klasse oben drauf, und lassen Sie die zweite Fremdsprache nicht einfach in der 6. Klasse. Das ist so absurd, das gibt es überhaupt nicht mehr. Aber okay, heute hat auch die Staatsregierung öffentlichkeitswirksam dargestellt, dass sie jetzt endlich für die Digitalisierung an den bayerischen Schulen sorgen wird. Ich weiß nicht, wie lange wir das schön hören, seit wie vielen Jahrzehnten, dass es das Internet, den Computer an den bayerischen Schulen gibt. Auch heute haben wir das wieder gehört. Anspruch und Wirklichkeit gehen in Bayern wirklich sehr weit auseinander, gerade an den Schulen. Nach der ganzen G-8-Dauerbaustelle setzen Sie bitte nicht die alte Bildungsdebatte wieder neu auf!

Ich finde aber auch, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dass es nicht um die eigenen Kinder geht. Es geht auch nicht nur um die Gymnasien. Deshalb ist es gut, dass wir diese Debatte jetzt endlich hinter uns haben. Wir haben nämlich auch andere Schulen im Land, und es muss endlich wieder eine Vision von einem längeren gemeinsamen Lernen geben. Es muss endlich darüber geredet werden, dass auf dem Land Gemeinschaftsschulen möglich sind, wie beispielsweise im Landkreis Ansbach. Das ist nämlich eine Chance für den ländlichen Raum. Sie reden ständig von gleichen Lebensverhältnissen in Bayern. Dafür müssen Sie es aber der Schule vor Ort ermöglichen, sich zu öffnen. Sie müssen endlich sagen: Okay, die Schüler sollen länger gemeinsam lernen, damit der Standort erhalten werden kann. – Das ist wichtig für den ländlichen Raum. Das ist der Punkt, so kommen wir weiter. Es gibt Schulen, Bürgermeister und Direktoren, wie beispielsweise im Landkreis Ansbach, die das machen wollen. Machen Sie das, tun Sie etwas für den ländlichen Raum. Machen Sie auch

etwas für die Schülerinnen und Schüler in Bayern. Ermöglichen Sie endlich das gemeinsame Lernen für die Schülerinnen und Schüler.

Machen Sie endlich etwas mit Gestaltungskraft, und setzen Sie nicht wieder einfach nur das Alte erneut auf. Das ist derart langweilig und total von gestern. Der Brief, der vom Kultusministerium an die Direktoren gegangen ist, ist eigentlich nur noch peinlich. In dem Brief steht nämlich nur wiederholt, dass das bayerische Gymnasium jetzt neu entwickelt wird. Ich aber möchte, dass wir als Politiker Visionen entwickeln und endlich etwas für den ländlichen Raum tun.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat nun Herr Staatssekretär Sibler das Wort. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Über die beiden Gesetzentwürfe der Oppositionsparteien ist schlicht die Zeit hinweggegangen. Mit den Beschlüssen der Bayerischen Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion sind wir nämlich deutlich darüber hinausgegangen und haben den Rahmen für ein neues bayerisches Gymnasium vorgegeben. Besonders spannend ist es jetzt zu sehen, wer sich diesen Erfolg auf die Fahnen schreibt. Vom Kollegen Gehring habe ich fast schon Geschichtsklitterung gehört; das war ganz bemerkenswert. Besonders peinlich finde ich die wahrscheinlich auch noch sehr teure Anzeigenkampagne der FREIEN WÄHLER, die wenige Leute gesehen haben. Aber die, die sie gesehen haben, haben gefragt: "Was haben denn die damit zu tun gehabt? – Das waren doch eure Beschlüsse."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben das Ganze nicht nur mit einem gymnasialen Thema kombiniert, sondern wir haben ein komplettes Bildungspaket daraus gemacht mit 1.000 Stellen fürs Gymnasium, die wir natürlich brauchen, aber auch weiteren Stellen für die Schulverwaltung, die Leitungszeit für Lehrkräfte, vor allem auch für die Förderschulen und die beruflichen Schulen. Die beiden Letzteren sind

sehr wichtige Schularten, stehen aber leider nicht jeden Tag im Fokus der Diskussionen.

Uns war aber auch ganz, ganz wichtig, nicht das nachzumachen, was Niedersachsen vorgemacht hat, nämlich den Stoff von acht Schuljahren schlicht auf neun Jahre zu verteilen. Wir werden vielmehr eine Stundentafel vorlegen, die um die 18 Stunden mehr hat. Damit sind natürlich mehr Stunden, mehr Inhalte und auch ein höherer inhaltlicher Anspruch verbunden. Das halte ich für ganz wichtig. Wir wollen kein Gymnasium light, sondern ein qualitativvolles bayerisches Gymnasium, das dem Anspruch von vielen Jahren bayerischer Bildungspolitik gerecht werden wird.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen nicht, dass sich die Übertrittsquoten fundamental verschieben. Wir wollen auch, dass die anderen Schularten weiterhin ihre Schülerzahlen haben, weil es sonst an anderer Stelle immer wieder diese Strukturdebatten gibt. Ich bin jetzt ganz froh, dass wir die Übertrittszahlen in diesem Jahr wieder stabil halten konnten, weil wir keine Vereinfachung, keine Qualitätsabsenkung in Kauf nehmen wollen. Wir kommunizieren vielmehr klar, dass wir weiterhin an der Qualität festhalten.

Das war das Ergebnis des ergebnisoffenen Dialogprozesses. 70 % der Eltern und der Schülerinnen und Schüler der Mittelstufe Plus haben gesagt, sie wollten eher den längeren Bildungsgang. Allerdings haben 30 % der Schülerinnen und Schüler gesagt, sie könnten sich auch einen kürzeren Weg vorstellen. Das führt dazu, dass wir in der 11. Klasse die Möglichkeit zum Überspringen organisieren und mit gutem Vorlauf gestalten werden. Dass wir diese positive Erfahrung in diesem Konzept mit abbilden werden, halte ich auch für ganz wichtig. Das haben 80 % der Eltern, die die Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien befragt hat, befürwortet. Das muss man klar sehen. Das ist in den Dialogprozess und in die Entscheidungsfindung mit eingeflossen.

Die 11. Klasse als Erholungsklasse zu bezeichnen, geht klar an der Sache vorbei, finde ich; denn wir wollen hier natürlich auch inhaltliche Ansprüche stellen. Lieber Kollege Güll – ich sage das auch zu den Kollegen vom Deutschen Lehrerverband –, in der 11. Klasse des alten Gymnasiums konnte man auch ein Auslandsjahr einbauen oder all diese Dinge, die als Wunsch immer wieder an uns herangetragen worden sind.

Ganz deutlich möchte ich noch eines sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren: 2003 war Deutschland der kranke Mann Europas; 2003 haben wir darüber debattiert, dass die Hochschulabsolventen in Bayern und in Deutschland im europäischen Vergleich schlicht zu alt sind. Damals haben wir uns über ein Alter von 28 Jahren unterhalten. Heute stehen wir bei einem Abschlussalter, bei dem viele Hochschulpolitiker schon wieder sagen: "Ah, die sind ja alle viel zu jung – wir müssen ganz was Anderes machen!" – Auch da haben wir einen wesentlichen Punkt umsetzen können, was uns jetzt zeitlichen Spielraum gibt. Das sollte man nicht übersehen. Hier hat sich etwas verändert, was bei der Entscheidungsfindung von Staatsregierung und Mehrheitsfraktion eine wichtige und große Rolle gespielt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, man kann guten Gewissens beide Gesetzentwürfe ablehnen. Kollege Lederer hat die handwerklichen Schwächen sehr, sehr deutlich beschrieben; danke dafür. Es ist schlicht so, dass die Zeit über beide Gesetzentwürfe hinweggegangen ist.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zuerst über den Initiativgesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/14945 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem

Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das sind die Fraktionen von SPD und FREIEN WÄHLERN. Die Abgeordnete Claudia Stamm ist nicht da. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/15007. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt auch hier die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Gesetzentwurf ebenfalls abgelehnt.

Damit sind die Tagesordnungspunkte 6 und 7 erledigt.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum, Drucksache 17/15781, bekannt: Mit Ja haben 99 Abgeordnete gestimmt, mit Nein hat niemand gestimmt. Der Stimme enthalten haben sich 37 Abgeordnete.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum".